

Die lokale Gesellschaft im Donbass unter deutscher Okkupation 1941-1943

Das Donezbecken, das vor Kriegsbeginn das zentrale Steinkohlenfördergebiet der Sowjetunion (mit einem Anteil von knapp 60 Prozent an der Gesamtförderung) darstellte, stand im Zweiten Weltkrieg über einen Zeitraum von 22 Monaten, von Oktober 1941 bis September 1943, unter deutscher Militärverwaltung. Während dieser Zeit gewann die Region zunehmende Bedeutung für die deutsche Kriegswirtschaft: Zum einen als Arbeitskräftereservoir; und zum anderen als wichtiges Steinkohlefördergebiet, das zumindest den Kohlebedarf der Armee und Kriegswirtschaft vor Ort decken sollte.

Die dünn besiedelte Steppenregion des Donezbeckens¹ hatte Ende des 19. Jahrhunderts eine beachtliche wirtschaftliche Entwicklung erfahren und war zum wichtigsten Zentrum von Kohlenbergbau und Schwerindustrie im Russischen Reich aufgestiegen. Erneute große Wachstumsraten brachte zudem die forcierte Industrialisierung im Rahmen des Ersten Fünfjahrplans (1929-1933). In den Jahren zwischen 1926 und 1939 war die Bevölkerung im Donbass durch den Zuzug von Arbeitsmigranten von knapp zwei auf nahezu fünf Millionen angewachsen. Davon waren nach der Volkszählung von 1939 etwa drei Viertel Stadtbevölkerung und nur ein Viertel Landbevölkerung. Im Hinblick auf die ethnische Zusammensetzung seiner Bevölkerung stellte der Donbass ein Grenzland dar, das durch eine große russische Minderheit, die ein Drittel der Bevölkerung stellte, weit weniger ukrainisch war als andere Teile der Ukraine.²

- 1 Der vorliegende Beitrag entstand im Zusammenhang eines Forschungsprojektes zum Thema: »Stalinismus und Krieg untertage: Der Donbass 1929-1953« (Arbeitstitel). Dieses Projekt ist Bestandteil eines größeren Forschungsprojektes am Institut für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum zur Zwangsarbeit im Steinkohlenbergbau, das von der Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets (Bochum) und der RAG Aktiengesellschaft (Essen) gefördert wird. Für kritische Kommentare und Anregungen danke ich den Herausgebern dieses Bandes sowie für wertvolle Hinweise während der Arbeit im SBU-Archiv Donec'k Viktor M. Mikušev. Das Donezbecken liegt im Südosten der heutigen Ukraine und umfaßt die beiden Gebiete Donec'k (Stalino, bzw. Juzovka) und Luhans'k (Vorošilovgrad). Zu Namensveränderungen: Das heutige Donec'k hieß bis 1924 Juzovka und von 1924 bis 1961 Stalino. Das heutige Luhans'k hieß von 1935 bis 1958 und von 1970 bis 1990 Vorošilovgrad. Ein südlicher Zipfel des Donezbeckens reicht bis nach Rußland hinein und gehört zum Gebiet Rostov. Der Donbass – so die russische Kurzform – wird im Norden und Osten vom Donec, einem Nebenfluß des Don begrenzt.
- 2 Die Bevölkerung bestand aus drei Millionen (61 Prozent) Ukrainern und anderthalb Millionen (32 Prozent) Russen sowie etwa 95.000 Griechen, 85.000 Juden, 64.000 Deutschen, 40.000 Weißrussen, 24.000 Tataren und 15.000 Polen. Die Angaben beziehen sich auf die Volkszählungsdaten von 1926 und 1939 für die Gebiete Stalino und Vorošilovgrad. Vgl. O. V. Obid'onova, Zminy v nacionalnomu skladi naseleennja Donec'koho basejnu v 20-30-ti roky XX stolittja [Veränderungen in der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung im Donez-

Die deutschen Besatzungsbehörden trafen im Donezbecken auf eine lokale Gesellschaft, die durch die spezifischen Erfahrungen in der Sowjetunion der dreißiger Jahre geprägt war: Dazu zählt zum einen die Erfahrung von staatlichem Terror und Repression, beispielsweise im Zusammenhang mit der großen Hungersnot von 1932/33, die in der Ukraine insgesamt zwischen vier und sechs Millionen Tote forderte³ oder wenig später im Kontext der »Großen Säuberungen« der Jahre 1937-1938, denen im Donbass nach Schätzungen bis zu 80.000 Menschen zum Opfer fielen.⁴ Aber die Alltagserfahrung der Sowjetbürger bestand nicht nur aus Terror und Mangel, sondern umfaßte weitere Elemente, wie beispielsweise den Glauben vieler Arbeiter an die Modernisierung und den permanenten Fortschritt im Sowjetsystem, der seinen Ausdruck unter anderem in der Stachanov-Bewegung fand, die im Donbass ihren Ausgang nahm.⁵

Das Zutagetreten gesellschaftlicher Brüche in der Besatzungssituation und die unterschiedlichen Reaktionen und Überlebensstrategien der lokalen Bevölkerung – angefangen von Kollaboration, über Anpassung bis hin zu passivem und aktivem Widerstand – werden vor dem Hintergrund der Sozial- und Gesellschaftsgeschichte der lokalen Bevölkerung in der Sowjetunion der dreißiger Jahre zum Teil erklärbar. Nicht selten lagen die Wurzeln unterschiedlichen Verhaltens in sozialen, ethnischen, wirtschaftlichen und politischen Gegensätzen innerhalb der Sowjetgesellschaft. Dabei war die aktive Kollaboration auf unterschiedlichsten Ebenen sicher das bedeutendere Phänomen, der aktive Widerstand in der südlichen Ukraine dagegen verschwindend gering.

becken in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts), in: *Novi storinky istorii Donbasu. Stati, Kniha 6* [Neue Seiten der Geschichte des Donbass. Artikel, Bd. 6], Donec'k 1998, S. 142-152.

3 Vgl. A. Kappeler, *Kleine Geschichte der Ukraine*, München 1994, S. 200. Für die jüngste Forschungsdiskussion darüber, ob die Hungersnot von der Sowjetregierung gesteuert wurde vgl. M. Tauger, *Natural Disaster and Human Actions in the Soviet Famine of 1931-1933*, in: *Carl Beck Papers in Russian and East European Studies No. 1506*, Juni 2001 sowie weitere Artikel des Autors und demnächst R. W. Davies / S. G. Wheatcroft, *The Years of Hunger: Soviet Agriculture, 1931-1933*, (forthcoming) Palgrave 2003.

4 Vgl. H. Kuromiya, *Freedom and Terror in the Donbas. A Ukrainian-Russian Borderland, 1870s-1990s*, Cambridge 1998, S. 245.

5 Die Stachanov-Bewegung war nach dem Bergmann Stachanov benannt, der 1935 während einer Nachtschicht im Donezbergbau 102 Tonnen Kohle hieb und damit die Norm zu 1.457 Prozent erfüllte (daß fleißige Helfer Kohle und Schutt wegräumten und den Streb sicherten, blieb von der Propaganda dabei unerwähnt). Ursprünglich als Industriekampagne geplant, sollte die Stachanov-Bewegung vor allem dazu beitragen, die Arbeiter durch Leistungsanreize zur Übererfüllung der Normen zu bewegen und damit den Faktor Arbeit produktiver zu machen. Sie entwickelte sich aber sehr schnell zu einer Massenbewegung, die weit über ihre ökonomische Bedeutung hinausging und für viele Sowjetbürger zum Symbol des Aufbruchs und der neuen Arbeitsmoral wurde. Vgl. R. Maier, *Die Stachanov-Bewegung 1935-1938. Der Stachanovismus als tragendes und verschärfendes Moment der Stalinisierung der sowjetischen Gesellschaft*, Stuttgart 1990; L. H. Siegelbaum, *Stakhanovism and the Politics of Productivity in the USSR, 1935-1941*, Cambridge 1988.

Der vorliegende Beitrag untersucht drei Gruppen der lokalen Bevölkerung, die mit den deutschen Besatzungsbehörden (in unterschiedlichem Ausmaß) zusammenarbeiteten und für die Umsetzung der deutschen Besatzungspolitik (sowie für die wirtschaftliche Ausbeutungspolitik) vor Ort eine nicht zu unterschätzende Rolle spielten: die einheimischen Polizeikräfte, die Mitarbeiter der lokalen Selbstverwaltungen sowie einheimische Spezialisten aus dem Steinkohlenbergbau. Neben den konkreten Formen dieser Zusammenarbeit (auch der Frage nach der Partizipation an Verbrechen) und ihrer Bedeutung für die deutschen Besatzungsorgane interessiert in diesem Zusammenhang auch die Frage nach unterschiedlichen Motivlagen der Sowjetbürger für die Zusammenarbeit mit den Deutschen. Darüber hinaus wird nach dem Verhältnis der einheimischen »Helfershelfer« zur lokalen Bevölkerung sowie nach der allgemeinen Haltung der Bewohner des Donbass gegenüber der deutschen Besatzungsmacht und gegenüber der Sowjetmacht gefragt.

Eine zentrale Quellengrundlage der vorliegenden Untersuchung stellen sowjetische Strafprozesse der Jahre 1943-1946 vor dem Militärtribunal in Stalino gegen Sowjetbürger, die mit den deutschen Besatzungsbehörden kooperiert hatten, dar.⁶ In den Prozessen wurde eine vergleichsweise große Zahl von Angeklagten im Schnellverfahren verurteilt. Die Befragung der Angeklagten und Zeugen fand häufig unter vier Augen statt. Die Sprache der Verhörprotokolle läßt darauf schließen, daß die jeweiligen Mitarbeiter des Militärtribunals die Aussagen der Angeklagten teilweise nicht wörtlich, sondern in ihrer eigenen Sprache (zum Teil mit stereotypen Formulierungen) und Interpretation aufzeichneten. Auch die Anwendung von Gewalt zum Erzwingen von Geständnissen ist in einzelnen Fällen überliefert.⁷ Diese Tendenziosität der Strafverfahren erfordert eine besonders quellenkritische Interpretation. Dennoch stellen die Prozeßakten eine wertvolle historische Quelle für die Untersuchung der sowjetischen Gesellschaft in der Kriegs- und Nachkriegszeit dar, die von Historikern bisher noch kaum genutzt werden konnte, da die Akten nach wie vor in den KGB-Archiven (bzw. deren Nachfolgeorganisationen) unter Verschuß liegen.⁸

Es bedarf wohl nicht der Erwähnung, daß sich durch die Beteiligung einheimischer Kräfte das Ausmaß der deutschen Verantwortung für begangene Verbrechen in keiner Weise verringert. Zudem hat Dieter Pohl zurecht darauf hingewiesen, daß für Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung der Ukraine vor allem Sowjetbürger als Mittäter (z. B. Mitglieder der einheimischen Polizei) strafrechtlich zur Verantwortung

6 Diese Strafprozesse sind eine zentrale Quelle für die Untersuchung der Besatzungszeit im Donezbecken, da andere direkte Überlieferungen – beispielsweise die Akten der einheimischen Verwaltungsorgane (anders als in Char'kiv) – bis auf wenige Fragmente im Staatlichen Gebietsarchiv Donec'k verloren gegangen sind.

7 Vgl. Kuromiya, *Freedom and Terror* (wie Anm. 4), S. 292.

8 Dies liegt in der Ukraine vor allem an der ungeklärten rechtlichen Situation, insbesondere bzgl. des Schutzes der Persönlichkeitsrechte von Zeugen, die in den Prozessen ausgesagt hatten. Darüber hinaus wird die Arbeit mit den Strafprozeßakten dadurch erschwert, daß ein systematischer Zugriff nicht möglich ist, sondern nur über konkrete Namen von Angeklagten erfolgen kann.

gezogen wurden, dagegen bedeutend weniger die eigentlichen deutschen Verantwortlichen in den besetzten Gebieten und im Reich.⁹

»Kollaboration« in den besetzten sowjetischen Gebieten
in der Historiographie

Als gesellschaftliches Phänomen ist »Kollaboration« in den besetzten sowjetischen Gebieten erst in Ansätzen empirisch untersucht worden, wobei der Schwerpunkt bisher auf der militärischen und der polizeilichen Kollaboration lag.¹⁰ In der Sowjethistoriographie stellte die Tatsache, daß Teile der sowjetischen Bevölkerung (in unterschiedlicher Form und unterschiedlichem Ausmaß) mit den Deutschen zusammengearbeitet hatten, ein Tabu dar, das in der Fülle der Literatur, die die Sowjethistoriographie zur Geschichte des »Großen Vaterländischen Krieges« hervorgebracht hat, kaum Erwähnung findet.¹¹ Und wenn die Kollaborationsproblematik thematisiert wurde, so –

- 9 Vgl. D. Pohl, Schauplatz Ukraine: Der Massenmord an den Juden im Militärverwaltungsgebiet und im Reichskommissariat 1941-1943, in: N. Frei/S. Steinbacher/B.C. Wagner (Hg.), Ausbeutung, Vernichtung, Öffentlichkeit. Neue Studien zur nationalsozialistischen Lagerpolitik, München 2000, S. 135-173, hier: S. 170.
- 10 Vgl. R. Torzecki, Die Rolle der Zusammenarbeit mit der deutschen Besatzungsmacht in der Ukraine für deren Okkupationspolitik, in: Okkupation und Kollaboration 1938-1945 (Europa unterm Hakenkreuz, Ergänzungsband 1), Berlin/Heidelberg 1994, S. 239-272; G. Hass, Deutsche Okkupationsziele und die Kollaboration in den besetzten Gebieten der Russischen Föderativen Sowjetrepublik 1941-1944, in: ebd., S. 273-292; O. Zarubinsky, Collaboration of the Population in Occupied Ukrainian Territory: Some Aspects of the Overall Picture, in: The Journal of Slavic Military Studies, Vol. 10 (1997) H. 2, S. 138-152; S. Kudryashov, The Hidden Dimension. Wartime Collaboration in the Soviet Union, in: J. Erickson/D. Dilks (Hg.), Barbarossa. The axis and the allies, Edinburgh 1994, S. 238-254; Vgl. zur militärischen Kollaboration: V. Bojzow, Aspekte der militärischen Kollaboration in der UdSSR 1941-1944, in: Okkupation und Kollaboration, S. 293-318; W. Bihl, Ukrainer als Teil der Streitkräfte des Deutschen Reiches im Zweiten Weltkrieg, in: Österreichische Osthefte 29 (1987) H. 1, S. 28-55; M. O. Logusz, Galicia Division. The Waffen-SS 14th Grenadier Division, 1943-1945, Atglen 1997; M. R. Elliott, Soviet Military Collaborators during World War II, in: Y. Boshyk, Ukraine during World War II. History and Its Aftermath. A Symposium, Edmonton 1986, S. 89-106. P. J. Potichnyj, Ukrainians in World War II Military Formations: An Overview, in: ebd., S. 61-66; M. Yurkevich, Galician Ukrainians in German Military Formations and in the German Administration, in: ebd., S. 67-88. Vgl. zur polizeilichen Kollaboration: M. C. Dean, Collaboration in the Holocaust. Crimes of the Local Police in Belorussia and Ukraine, 1941-44, New York 2000; F. Golczewski, Organe der deutschen Besatzungsmacht: Die ukrainischen Schutzmannschaften, in: W. Benz/J. Houwink ten Cate/G. Otto (Hg.), Die Bürokratie der Okkupation. Strukturen der Herrschaft und Verwaltung im besetzten Europa, Berlin 1998, S. 173-196; D. Pohl, Ukrainische Hilfskräfte beim Mord an den Juden, in: G. Paul (Hg.), Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche?, Göttingen 2002, S. 205-234.
- 11 Vgl. zum Beispiel: Istorija Vtoroj mirovoj vojny, 1939-1945 gg. V 12-ti t. [Die Geschichte des Zweiten Weltkriegs, 1939-1945. In 12 Bänden], Moskau 1973-1982; Istorija Velikoj Otečestvennoj vojny Sovetskogo Sojuza, 1941-1945 gg. v 6-ti t. [Die Geschichte des Großen

nicht selten zu Propagandazwecken – nur im Hinblick auf Ukrainer, Weißrussen und andere Nicht-Russen, die häufig als »bürgerliche Nationalisten« abgestempelt wurden.¹² Andere Themen standen im Vordergrund. In heroisierender Weise wurde auf den »allgemeinen Volkswiderstand und die Partisanenbewegung« oder auf die »Führungsrolle der kommunistischen Partei im Kampf gegen den Feind im besetzten Gebiet« eingegangen. Daneben tauchte die lokale Bevölkerung in der Sowjethistoriographie vor allem als Opfer deutscher Vernichtungsaktionen auf.¹³

In der Ukraine, wo nach der Unabhängigkeitserklärung 1991 in vielen Bereichen der Geschichtswissenschaft eine umfassende Umdeutung der Sowjethistoriographie stattgefunden hat, bestehen im Hinblick auf die Geschichte des Zweiten Weltkriegs zum Teil alte Paradigmen und Tabus der Sowjethistoriographie weiter oder wurden durch neue »nationale« Paradigmen, wie den »nationalen Befreiungskampf der Ukrainer« ersetzt. Der Systemwechsel stellte den jungen ukrainischen Staat vor die Aufgabe, eine »ukrainische Nationalgeschichte« zu konstruieren, die zum einen die Nationsbildung fördern und zum anderen die nationalstaatliche Ordnung legitimieren sollte.¹⁴ Die Rolle der Organisation der ukrainischen Nationalisten (OUN) und der Ukrainischen Aufstandarmee (UPA)¹⁵, die zeitweilig mit den Deutschen zusam-

Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1941-1945, in sechs Bänden], Moskau 1970-1975; *Ukrains'ka RSR u Velykij Vitčyznjanij vijni Radjans'koho Sojuzu (1941-1945)*, in: *Istorija Ukrains'koï RSR u 8-mi t, T. 7* [Die Ukrainische SSR im Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion (1941-1945), in: *Geschichte der Ukrainischen SSR in 8 Bänden, Bd. 7*], Kiev 1977; *Ukrains'ka RSR u Velykij Vitčyznjanij Vijni Radjans'koho Sojuzu 1941-1945, t. 1-3* [Die Ukrainische SSR im Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion 1941-1945, Bände 1-3], Kiev 1967-1968; *Sovetskaja Ukraina v gody Velikoj Otečestvennoj vojny, 1941-45. Dokumenty i materialy v trech tomach* [Die Sowjetukraine in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges, 1941-1945. Dokumente und Materialien in drei Bänden], Kiev 1980.

- 12 Vgl. dazu E.-C. Onken, Revisionismus schon vor der Geschichte. Aktuelle Kontroversen in Lettland um die Judenvernichtung und die lettische Kollaboration während der nationalsozialistischen Besatzung, Köln 1998; Pohl, *Ukrainische Hilfskräfte (wie Anm. 10)*, S. 205; Hass, *Deutsche Okkupationsziele (wie Anm. 10)*, S. 287-291.
- 13 Vgl. zur Darstellung des »Großen Vaterländischen Krieges« in der Sowjethistoriographie bis 1990 ausführlich B. Bonwetsch, *Der »Große Vaterländische Krieg« und seine Geschichte*, in: D. Geyer (Hg.), *Die Umwertung der sowjetischen Geschichte*, Göttingen 1991, S. 167-187; Ders., »Ich habe an einem völlig anderen Krieg teilgenommen«. Die Erinnerung an den »Großen Vaterländischen Krieg« in der Sowjetunion, in: H. Berding/K. Heller/W. Speitkamp (Hg.), *Krieg und Erinnerung. Fallstudien zum 19. und 20. Jahrhundert*, Göttingen 2000, S. 145-168; Ders., *Der »Große Vaterländische Krieg«: Vom öffentlichen Schweigen unter Stalin zum Heldenkult unter Breschnew*, in: B. Quinkert (Hg.), *»Wir sind die Herren dieses Landes«. Ursachen, Verlauf und Folgen des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion*, Hamburg 2002, S. 166-187.
- 14 Vgl. zur Konstruktion neuer Geschichtsbilder in der Ukraine W. Jilge, *Nationale Geschichtsbilder in ukrainischen Geschichtslehrbüchern. Am Beispiel der Darstellung der Kiever Rus'*, in: *Osteuropa 50* (2000), H. 11, S. 1233-1253.
- 15 Vgl. zur OUN und UPA den Beitrag von Frank Golczewski in diesem Band. In Kiev beschäftigte sich in den Jahren 1996-1998 eine historische Untersuchungskommission der nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine mit der Frage nach der (bis heute umstrittenen)

mengearbeitet hatten, sowie die Tatsache, daß bestimmte Bevölkerungsgruppen mit den Besatzungsbehörden kollaborierten, stellt daher auch für die neue ukrainische Geschichtsschreibung ein problematisches Themenfeld dar, das bisher nahezu noch nicht bearbeitet wurde und von ukrainischen Historikern nicht selten als Randphänomen abgetan wird.¹⁶ Von der neuen russischen Historiographie wurde die Frage der Kollaboration von Sowjetbürgern bisher ebenfalls kaum aufgegriffen.¹⁷

In der westlichen Forschung variieren die Ansichten darüber, wie eng oder weit der Begriff zu verstehen ist und welche Formen von »Kollaboration« zu unterscheiden sind.¹⁸ Die bisherige Forschungsdiskussion hat vor allem gezeigt, daß der semantisch verschwommene Begriff keine neutrale analytische Kategorie darstellt, sondern vielmehr eine sehr subjektive, moralisch wertende und oftmals stark politisierte. Häufig waren die Grenzen zwischen Kollaboration, Anpassung und Widerstand fließend.¹⁹ Zu beobachten ist zudem, daß die öffentliche Wahrnehmung von »Kollaboration« ebenso wie die gerichtliche Praxis bei der Verurteilung von »Kollaborateuren« in der Nachkriegszeit in den besetzten Ländern sehr unterschiedlich war.²⁰ Für die vorliegende Untersuchung wird zur Erfassung von verschiedenen Formen der Zusammenarbeit mit der deutschen Besatzungsmacht als breites gesellschaftliches Phänomen die

Rolle von OUN und UPA im Zweiten Weltkrieg. Vgl. Protystojannja. Zverennja, zajavy, lysty hromads'kych orhanizacij, polityčnych partij, hromadjan Ukraïny do Komisij z vyvčennja dijalnosti OUN-UPA. 1996-1998rr [Widerstand. Aufrufe, Erklärungen, Briefe gesellschaftlicher Organisationen, politischer Parteien und Bürger der Ukraine an die Kommission zur Untersuchung der Tätigkeit von OUN und UPA. 1996-1998], Kiew 1999.

16 Erste Ansätze bei Ja Hrycak, Narys istorii Ukraïny. Formuvannja modernoi Ukraïns'koï nacii XIX-XX stolittja [Geschichte der Ukraine. Die Formung der modernen Ukrainischen Nation im 19. und 20. Jahrhundert], Kiew 1996, S. 231-241 oder zur ukrainischen Stadtverwaltung in Char'kiv bei: A. Skorobohatov, Charkivs'ke Mis'ke Samovrjaduvannja v 1941-1943 rokach [Die lokale Selbstverwaltung in Char'kiv in den Jahren 1941-1943], in: »Berezil« H. 7-8 (1996), S. 139-162; H. 9-10 (1996), S. 145-164. Für einen guten Überblick über die Historiographie zur Ukraine im Zweiten Weltkrieg vgl. D. Pohl, Schlachtfeld zweier totalitärer Diktaturen – die Ukraine im Zweiten Weltkrieg, in: Österreichische Osthefte, 42 (2000), S. 339-362.

17 Hauptsächlich eine Zusammenfassung der westlichen Forschung liefert M. I. Semirjaga, Kollaboracionizm. Priroda, tipologija i projavlenija v gody Vtoroj mirovoj vojny [Kollaborationismus. Wesen, Typologie und Erscheinungsformen in den Jahren des Zweiten Weltkriegs], Moskau 2000.

18 Vgl. beispielsweise verschiedene Definitionsversuche bei: C. Madajczyk, Zwischen neutraler Zusammenarbeit der Bevölkerung okkupierter Gebiete und Kollaboration mit den Deutschen, in: Okkupation und Kollaboration (wie Anm. 10); W. Röhr, Okkupation und Kollaboration, in: ebd., S. 59-86; W. Rings, Leben mit dem Feind. Anpassung und Widerstand in Hitlers Europa, München 1979; H. Lemberg, Kollaboration in Europa mit dem Dritten Reich um das Jahr 1941, in: K. Bosl (Hg.), Das Jahr 1941 in der europäischen Politik, München / Wien 1972, S. 143-162.

19 Vgl. W. Benz / J. Houwink ten Cate / G. Otto (Hg.), Anpassung – Kollaboration – Widerstand. Kollektive Reaktionen auf die Okkupation, Berlin 1996.

20 J. Henke / H. Woller (Hg.), Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1991.

neutralere und in der Forschung gängigere Definition der Kollaboration als »Koope-
ration mit dem Feind« zugrunde gelegt.²¹

*Die Rechtslage und gerichtliche Praxis
bei der Verurteilung von »Vaterlandsverrätern«*

Im folgenden wird kurz auf die Rechtslage und gerichtliche Praxis bei der Verurteilung von Sowjetbürgern, die mit den Deutschen zusammengearbeitet hatten, eingegangen. Das Untersuchungsverfahren wurde normalerweise nach Hinweisen von NKVD²²-Agenten oder auf der Grundlage von Denunziationen eingeleitet.²³ Die Gerichtsverhandlungen fanden zum größten Teil unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt – im Gegensatz zu den Prozessen gegen deutsche Kriegsverbrecher in der Sowjetunion, die öffentlich stattfanden.²⁴ Das oberste Militärtribunal der NKVD-Truppen in der Ukraine hielt es in den ersten drei Monaten nach der Befreiung des Donbass zwar ausdrücklich für wünschenswert, daß die Prozesse gegen »Vaterlandsverräter« öffentlich stattfanden, aber die NKVD-Militärtribunale in den einzelnen Regionen (oblasti) hielten sich überwiegend nicht daran.²⁵ Auch in der Berichterstattung der Lokalpresse schlugen sich die Prozesse bis auf wenige Ausnahmen nicht nieder.²⁶

Als gesetzliche Grundlage für die Verurteilung diente in der ukrainischen Sowjetrepublik das ukrainische Strafrecht von 1927 bzw. 1934. Der Paragraph 54-1a bezog sich auf »Vaterlandsverrat«, worunter »Aktionen, die von Sowjetbürgern zum Schaden der militärischen Stärke der Sowjetunion, ihrer nationalen Unabhängigkeit oder der Unversehrtheit ihres Territoriums ausgeführt wurden, wie zum Beispiel Spionage, die Weitergabe von militärischen und Staatsgeheimnissen, das Überlaufen zum Feind und die Landesflucht« verstanden wurden.²⁷ Das Strafmaß variierte zwischen Tod durch Erschießen und zehn Jahren Freiheitsentzug.

21 Vgl. beispielsweise bei G. Hirschfeld, *Fremdherrschaft und Kollaboration. Die Niederlande unter deutscher Besatzung 1940-1945* (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 25), Stuttgart 1984, S. 7.

22 Volkskommissariat für innere Angelegenheiten.

23 Vgl. für die Denunziationen in der Nachkriegszeit V. A. Kozlov, *Denunciation and Its Functions in Soviet Governance: A Study of Denunciations and Their Bureaucratic Handling from Soviet Police Archives, 1944-1953*, in: S. Fitzpatrick / R. Gellately, *Accusatory Practices. Denunciation in Modern European History, 1789-1989*, Chicago / London 1997, S. 121-152.

24 A. Hilger / U. Schmidt / G. Wagenlehner (Hg.), *Sowjetische Militärtribunale, Bd. 1, Die Verurteilung deutscher Kriegsgefangener 1941-1953*, Köln / Wien 2001.

25 Die Gründe, warum die regionalen NKVD-Behörden die Anweisung nicht befolgten, gehen aus dem Dokument nicht hervor. Vgl. Bericht über die Arbeit der Militärtribunale der NKVD-Truppen in der Ukraine für das dritte Quartal 1943, Zentrales Staatsarchiv der gesellschaftlichen Vereinigungen der Ukraine (ehem. Parteiarchiv) (CDAHOU), F. 1, Op. 23, D. 684, Bl. 9.

26 Vgl. die kurzen Notizen zu großen Gerichtsverfahren gegen Mitglieder der lokalen Stadtverwaltung und Polizei in: *Socialističeskij Donbass*, 27.9.1944; *Gornjak*, 9.5.1944 und *Makeevskij Rabočij*, 16.6.1944.

27 Paragraph 54 des ukrainischen Strafrechts entsprach weitgehend dem Paragraphen 58 des russischen Strafrechts, der bei »konterrevolutionären Vergehen« in Kraft trat. Vgl. *Reabilitacija represovanych. Verchovnyj sud Ukraïny. Zakonodavstvo ta sudova praktyka* [Die Rehabi-

Zudem hatte das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR am 19. April 1943 ein Dekret »über Maßnahmen zur Bestrafung deutsch-faschistischer Verbrecher, schuldig der Tötung und Mißhandlung der sowjetischen Zivilbevölkerung und gefangener Rotarmisten, sowie von Spionen und Vaterlandsverrätern aus den Reihen der Sowjetbevölkerung und deren Helfer« erlassen. In diesem sogenannten »Ukaz 43« wurde unter anderem angeordnet, daß »Spione« und »Vaterlandsverräter« unter den Sowjetbürgern mit der Todesstrafe durch Erhängen (Artikel 1) und zivile Helfershelfer (*posobniki*) aus der einheimischen Bevölkerung mit Verbannung und Zwangsarbeit zwischen 15 und 20 Jahren (Artikel 2) zu bestrafen seien. Der »Ukaz 43« war die einzige von der Sowjetunion während des Krieges erlassene unionsweite Strafvorschrift für Kriegs- und Völkerrechtsverbrechen.²⁸

Um die nun einsetzende »wahllose Verurteilung« von Sowjetbürgern einzudämmen, erließ der Oberste Gerichtshof der UdSSR am 25. November 1943 eine weitere Anordnung, in der er die Militärtribunale aufforderte, eine strengere Unterscheidung zwischen verschiedenen Formen der Kooperation mit dem Feind, zwischen »Vaterlandsverrätern« und »Helfershelfern« vorzunehmen. Demnach waren nur Sowjetbürger, die

»in den Organen der Gestapo oder in verantwortlicher administrativer Stellung (Bürgermeister, Leiter der Polizei, Kommandanten usw.) dienten, dem Feind Dokumente verschafften, die unter militärischer oder staatlicher Geheimhaltung standen, Partisanen, Rotarmisten, sowjetische Aktivisten und Mitglieder ihrer Familien auslieferten oder verfolgten, unmittelbar teilnahmen an Ermordungen und Gewalttaten gegen die Bevölkerung, Raub und Enteignung von privatem Eigentum, sowie von Eigentum, das dem Staat, den Kolchosen, Kooperativen und gesellschaftlichen Organisationen gehörte und ebenso Wehrpflichtige, die auf die Seite des Feindes wechselten«

mit dem Tode zu bestrafen. Personen, die die Deutschen beim Zusammentragen von Armeebedarf und beim Wiederaufbau aktiv unterstützt hatten, aber sich keiner der oben genannten Vergehen schuldig gemacht hatten, waren dagegen als »Helfershelfer« mit 15 bis 20 Jahren Zwangsarbeit zu bestrafen. Keiner Strafverfolgung unterlagen diejenigen, die zwar unter den Deutschen administrative Stellen innehatten, zugleich jedoch durch Sabotage oder mit anderen Mitteln den Kampf gegen die Okkupanten unterstützt hatten sowie kleine Angestellte von Verwaltungseinrichtungen, Arbeiter und Spezialisten, die »nur ihren Beruf ausführten« (Ärzte, Veterinäre, Landwirte, Ingenieure, Lehrer usw.), sofern sie keine verbrecherischen Handlungen gemäß Paragraph 1 und 2 begangen hatten.²⁹ Diese Anordnung entsprach einer Verfügung des Prokurors der UdSSR vom 15. Mai 1942.³⁰

litierung der Repressierten. Der oberste Gerichtshof der Ukraine. Gesetzgebung und gerichtliche Praxis] (za red. V. Maljarenka), Kiev 1997, S. 20.

28 M. Zeidler, Stalinjustiz contra NS-Verbrechen. Die Kriegsverbrecherprozesse gegen deutsche Kriegsgefangene in der UdSSR in den Jahren 1943-1952. Kenntnisstand und Forschungsprobleme, Dresden 1996, S. 16-20.

29 Reabilitacija represovanych (wie Anm. 27), S. 47-49.

30 Ebd., S. 44.

Die quantitative Dimension der »Kollaboration« ist aufgrund der problematischen Begriffsbestimmung und Quellenlage schwer zu bestimmen. Die sowjetischen Kollaborations-Prozesse der Nachkriegszeit können dabei nur einen ersten Ansatzpunkt liefern, wobei natürlich weiterhin fraglich bleibt, ob die Verurteilten immer auch tatsächlich als »Kollaborateure« zu bezeichnen sind, bzw. wieviele Personen, die mit den deutschen Besatzungsbehörden zusammengearbeitet hatten, (aus unterschiedlichen Gründen) nicht verurteilt wurden. Und selbst die genaue Zahl derer, die in der Nachkriegszeit als »Vaterlandsverräter« verurteilt wurden, steht bisher keineswegs fest. Allein in den Jahren 1943 bis 1946 wurden vom NKVD in der Ukraine 110.829 Menschen festgenommen, ein Viertel von ihnen unter dem Verdacht, Mitglieder der OUN zu sein.³¹

Für das Gebiet Donec'k (Stalino) liegen erste Untersuchungen vor über die unmittelbar nach der Befreiung des Donezbeckens 1943 bis 1945 vom NKVD festgenommenen Sowjetbürger, die angeklagt wurden, mit den Deutschen zusammengearbeitet zu haben, und in den 1990er Jahren rehabilitiert worden sind. Dabei handelt es sich um 3.364 Personen. Die Gruppe unterteilte sich in mehrere Untergruppen: Über die Hälfte wurde unter dem recht schwammigen Begriff deutsche »Helfershelfer« (po-sobnik) zusammengefaßt, über 20 Prozent waren angeblich Agenten der deutschen Spionage, 10 Prozent Polizisten, 5 Prozent Mitarbeiter der Gestapo. Der Rest verteilte sich auf Wehrdienstleistende der deutschen Armee, Mitarbeiter der SS, Gendarme und Mitglieder der Kosaken-Verbände, Mitarbeiter der deutschen Abwehr und der italienischen Spionage.³² Der Donec'ker Historiker Nikoľ's'kij geht davon aus, daß die Zahl der nicht rehabilitierten Verurteilten mindestens noch einmal genauso groß ist.³³ Andere Archivquellen scheinen dies zu bestätigen: Bereits in den ersten drei

31 Vgl. zu diesen ersten Zahlenangaben, die auf Aktenbeständen des Kiever SBU-Archivs basieren: V. M. Nikoľ's'kij, *Pidpillja OUN (b) u Donbasi [Der Untergrund der OUN (b) im Donbass]*, Kiev 2001, S. 107-109.

32 Nach Angaben des Donec'ker Historikers Nikoľ's'kij wurden im Zeitraum zwischen 1941 bis 1945 im Gebiet Donec'k (Stalino) insgesamt 9.248 Menschen vom NKVD festgenommen. Neben denjenigen, die für ihre Zusammenarbeit mit den Deutschen angeklagt wurden (36,4 Prozent aller Angeklagten) stand fast die Hälfte aller Festgenommenen (48,7 Prozent) unter der – sehr weiträumig auslegbaren – Anklage »antisowjetischer Tätigkeit«. Weitere Gruppen von Angeklagten bildeten Deserteure der Roten Armee (3,4 Prozent), »Saboteure« (2 Prozent), Ukrainische Nationalisten (1,3 Prozent), Auslandsspione (0,3 Prozent) und »sozial nicht abgesicherte Elemente« (7,9 Prozent), die der NKVD präventiv festnahm. Von ihrer Nationalität waren über die Hälfte der Festgenommenen (50,3 Prozent) Ukrainer. An zweiter Stelle folgten Deutsche (22 Prozent) und an dritter Russen (21 Prozent). Vgl. V. M. Nikoľ's'kij, *Donbasivci, represovani u 1941-1945 rr. z polityčnych motyviv: rezul'taty zahaľnych pidrachunkiv [Bewohner des Donbass, die in den Jahren 1941-1945 aus politischen Motiven repressiert wurden: Ergebnisse allgemeiner Untersuchungen]*, in: *Pravda čerez gody. Sta'ï, vospominanija, dokumenty. Vyp. Tretij. [Nach Jahren die Wahrheit. Artikel, Erinnerungen, Dokumente. Bd. 3]*, Donec'k 1999, S. 42-50.

33 V. M. Nikoľ's'kij, *Orhany deržavnoi bezpeky na Doneččyni v roky Velykoï Viččynjanoi Vijnj: statystyka dij [Die Organe der Staatssicherheit im Gebiet Donec'k in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges: Tätigkeitsstatistik]*, in: *Istoryčni i politoložični doslidžennja*

Monaten nach der Befreiung hatte das NKVD im Gebiet Stalino 2.542 Sowjetbürger festgenommen.³⁴ Im Gebiet Vorošilovgrad waren vom NKVD nach der Befreiung im April 1943 448 Personen als »deutsche Helfershelfer« festgenommen worden.³⁵

*Die Loyalitätsfrage
Die Haltung der Bevölkerung zum neuen und zum alten Regime*

Nach deutschem Eindruck, der sich in den Stimmungsberichten der Wirtschaftsinspektion Süd ausdrückte, empfangen die Bewohner des Donezbeckens die Besatzer zunächst mit »großem Zutrauen« und einem »Hochgefühl vom Bolschewismus befreit zu sein«.³⁶ Anders als in den ländlichen Regionen der Ukraine hatten die Besatzungsbehörden von der Arbeiterbevölkerung in den Industriegebieten am Dnepr und im Donbass, ursprünglich eine größere Loyalität zur Sowjetregierung und stärkeren Widerstand gegen die Okkupation erwartet. Bereits bei der Besetzung der Industrie-region am Dnepr hatte sich dies jedoch – laut Bericht der Einsatzgruppe C – als Irrtum herausgestellt. Darin hieß es:

»Demgegenüber ist die Haltung der Arbeiter den deutschen Truppen gegenüber denkbar loyal. Sie haben nur den einzigen Wunsch, baldmöglichst wieder Beschäftigung zu finden und einen höheren Arbeitslohn zu erzielen. Sie fühlen sich aber auch mit ihrem Betrieb auf das engste verbunden. Ihnen ist es zu verdanken, daß zum Teil die Werke vor dem Abzug der Russen nicht zerstört worden sind.«³⁷

Auch im Donezbecken hatten Bergleute in mehreren Bergwerken versucht, die Zerstörungen der Industrieanlagen durch die Rote Armee zu verhindern. Eine Arbeiter-Demonstration war vom NKVD durch Erschießungen und Verschleppungen unterdrückt worden.³⁸ Mit der Zerstörung des Betriebs und damit der Lebensgrundlage

(vydannja Donec'koho deržavnoho universytetu) [Historische und politologische Untersuchungen (hrsg. von der Staatlichen Universität Donec'k)] No. 1 (3) 2000, S. 156-158.

34 Darunter waren 1.019 Mitglieder der Polizei und Gestapo, 346 Starosty (Dorfälteste), zwölf Bürgermeister, 99 leitende Mitarbeiter deutscher Einrichtungen, 256 Angestellte deutscher Einrichtungen, 265 Agenten der deutschen Spionage, 103 »Verräter, die auf die Seite des Feindes übergingen«, zehn ukrainische Nationalisten, 432 sonstige »anti-sowjetische Elemente«. Vgl. Bericht über die Fahndungsarbeit des NKGB im Gebiet Stalino vom November 1943, CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 3839, Bl. 42.

35 Vgl. Mitteilung des Volkskommissars für innere Angelegenheiten der Ukrainischen SSR an den Sekretär des ZK der KP(b) der Ukraine vom 18.4.1943, CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 685, Bl. 118.

36 Vgl. Lagebericht der Wirtschaftsinspektion Süd vom April 1942, Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MA), RW 31/431.

37 Vgl. Ereignismeldung UdSSR Nr. 81, Bundesarchiv Berlin (BA), R 58/217, Bl. 10.

38 Vgl. dazu den Bericht der Wirtschaftsinspektion Süd, Russisches Staatliches Militärarchiv (RGVA), F. 1458, Op. 40, D. 221, Bl. 280. Kurz vor dem Einmarsch der Deutschen hatte die Bevölkerung vielerorts im Donbass durch Proteste, Demonstrationen und Plünderungen ihrem Unmut gegenüber den Vertretern der Sowjetmacht, die durch die Zerstörungen und

war für viele Bewohner des Donbass offenbar die Grenze der Loyalität zur Sowjetmacht erreicht. Vor diesem Hintergrund ist es auch nicht verwunderlich, daß die enormen Zerstörungen, die die Rote Armee beim Rückzug hinterlassen hatte, in der Sowjethistoriographie ein absolutes Tabu darstellten. Dagegen hob die Sowjethistoriographie die umfassenden Zerstörungen nach dem deutschen Rückzug hervor.

Die anfängliche positive Haltung gegenüber der neuen Macht basierte somit vor allem auf der Ablehnung der alten Macht und schlug angesichts der realen Erfahrungen unter der Besatzungsherrschaft schon sehr bald ins Gegenteil um. Bereits im Mai 1942 stellte die Wirtschaftsinspektion Süd bei der Bevölkerung einen »auffallenden Stimmungsumschwung« und eine »deutschfeindliche Haltung« fest. Ausschlaggebend dafür waren neben militärischen Rückschlägen der Deutschen, die Ängste vor einer Rückkehr der Roten Armee schürten, vor allem die katastrophale Ernährungssituation sowie der Einsatz von Zwangsmaßnahmen bei der Rekrutierung von Arbeitskräften.³⁹ Dennoch verhielt sich der größte Teil der Bevölkerung auch im August 1942 angeblich noch feindlich gegenüber sowjetischen Partisanen.⁴⁰ »Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung mag ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Bolschewismus bewahrt haben; damit ist aber keine zunehmende Neigung für die Deutschen verbunden«, berichtete die Wirtschaftsinspektion im Januar 1943.⁴¹ Einen Monat später – nach der erfolgreichen Offensive der Roten Armee – konstatierte die Wirtschaftsinspektion die wachsende »Gefahr einer allgemeinen passiven Resistenz« in der Bevölkerung. Darin bestehe die »Hauptgefahr in der Ukraine«, dagegen weniger in der »Bandenbildung«. ⁴² Partisanentätigkeit und aktiver Widerstand von seiten der Bevölkerung waren im Donezbecken – gemäß den Lageberichten der Wirtschaftsinspektion – über den gesamten Besatzungszeitraum jedoch verschwindend gering. In der Steppenregion des Donezbeckens waren auch die geographischen Gegebenheiten für Partisanengruppen denkbar ungünstig. Stärkere Partisanenverbände bildeten sich seit Frühjahr 1942 vor allem im Norden der Ukraine, aber auch die erlangten bei weitem nicht die große militärische Bedeutung wie die Partisanenverbände in Weißrußland.⁴³ Die Überhöhung und Mythologisierung des »allgemeinen Volkskampfes« und der Partisanenbewegung in der Sowjethistoriographie entsprachen für das Donezbecken kaum der Realität.⁴⁴

den Abtransport von Industrieanlagen und Lebensmitteln ihre Lebensgrundlage vernichteten, Luft gemacht. Vgl. dazu Kuromiya, *Freedom and Terror* (wie Anm. 4), S. 263 ff.

39 Auf freundliches Entgegenkommen trafen die deutschen Besatzungsorgane im Sommer 1942 nur noch in den östlichen Gebieten des Donbass, die erst im Zuge der Sommeroffensive erobert worden waren. Aber auch dort wandelte sich die Haltung der Bevölkerung schnell wieder ins Gegenteil. Vgl. Lagebericht der Wirtschaftsinspektion Don-Donetz vom November 1942, BA-MA, RW 31/418.

40 Vgl. Lagebericht der Wirtschaftsinspektion Süd vom August 1942, BA-MA, RW 31/433.

41 Vgl. Lagebericht der Wirtschaftsinspektion Don-Donetz vom Januar 1943, BA-MA, RW 31/421.

42 Vgl. Lagebericht der Wirtschaftsinspektion Süd vom Februar 1943, BA-MA, RW 31/421.

43 Vgl. Lageberichte der Wirtschaftsinspektion Süd; Pohl, *Schlachtfeld* (wie Anm. 16), S. 354 f.

44 Vgl. beispielsweise die »Mythen« über die Partisaneneinheit »Junge Garde« in Krasnodon in der Sowjethistoriographie, die durch den gleichnamigen Roman von A. A. Fadeev auch in die Sowjetliteratur eingingen.

Die »ukrainische Frage« und ihre »ukrainisch-nationale Identität« spielten für die kulturell und sprachlich zum großen Teil russisch geprägte Bevölkerung des Donezbeckens keine bedeutende Rolle.⁴⁵ Selbst in der zentralen Ukraine, wo der ukrainische Bevölkerungsanteil höher war als im Donbass, interessierten sich die Ukrainer wenig für nationale Ideen.⁴⁶ Zwar hatten Vertreter der OUN aus der Westukraine bereits Ende 1941 eine regionale Abteilung im Donbass ins Leben gerufen, ihr gesellschaftlicher Einfluß und ihre personelle Besetzung blieben jedoch klein und erreichten nicht annähernd die Bedeutung wie in der Westukraine. Laut einem Bericht des NKGB⁴⁷ von November 1943 zählte die OUN im Gebiet Stalino etwa 720 Mitglieder. Die stärkste Abteilung – mit etwa 300 Mitgliedern – existierte in Mariupol'.⁴⁸ Von den insgesamt 27.532 Mitgliedern der OUN, die in den Jahren 1943 bis 1946 vom NKGB in der gesamten Ukraine festgenommen wurden, kamen nur 150 aus dem Donezbecken.⁴⁹ Einen gewissen Einfluß erzielten ukrainische Nationalisten – mit Förderung der deutschen Besatzungsorgane – jedoch an einigen Orten im Donbass (insbesondere in Mariupol') im kulturellen Leben der Region, vor allem in den Redaktionen der Besatzungspresse, in »Prosvita«-Organisationen (Organisationen zur Förderung der ukrainischen Sprache und Kultur) und zum Teil im Bildungswesen.⁵⁰ Von 21 Presseorganen, die unter der Besatzung im Donezbecken erschienen, waren neun in russischer, zehn in ukrainischer und zwei wechselnd in russischer und ukrainischer Sprache. Ukrainischsprachige Zeitungen erschienen vor allem in ländlichen Gegenden, aber auch die Presseorgane der Städte Mariupol', »Mariupol'ska hazeta« (Auflage bis zu 27.000), und Vorošilovgrad, »Nove Žittja« (Auflage bis zu 30.000), publizierten in ukrainischer Sprache. Das zentrale Presseorgan der Region, der »Doneckij Vestnik«, das eine Auflage von bis zu 100.000 erreichte und zwei bis viermal wöchentlich in Stalino erschien, war jedoch russischsprachig.⁵¹

Anders als in der Westukraine war es im Donezbecken weniger die ukrainisch-nationale Frage, die über die Loyalität der Bevölkerung zum alten und zum neuen

45 Vgl. zur Bedeutung des ukrainischen Nationalismus in der Ostukraine: J. A. Armstrong, *Ukrainian Nationalism*, New York / London (2. Aufl.) 1963, S. 237-277.

46 Vgl. K. C. Berkhoff, *Hitler's Clean Slate. Everyday Life in the Reichskommissariat Ukraine, 1941-1944*, (Dissertation) University of Toronto 1998, S. 302-321.

47 Volkskommissariat für Staatssicherheit. Mit der Schaffung des neuen Volkskommissariats für Staatssicherheit waren die Geheimpolizei und das Innenressort (NKVD) 1941 (für wenige Monate) und dann erneut seit April 1943 (bis zu Stalins Tod 1953) getrennt worden.

48 Vgl. Bericht über die Tätigkeit der OUN im Gebiet Stalino vom Leiter des NKGB im Gebiet Stalino vom 30. November 1943, CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 3839, Bl. 56-61.

49 Vgl. Nikoľ's'kij, Pidpillja (wie Anm. 31), S. 133. Vgl. zu OUN und UPA den Beitrag von Frank Golczewski in diesem Band.

50 Vgl. dazu D. M. Tytarenko, *Presa schidnoï Ukraïny periodu nimec'ko-fašysts'koi okupacii jak istorične džerelo (1941-1943 rr.)* [Die Presse der Ostukraine in der Periode der deutsch-faschistischen Okkupation als historische Quelle (1941-1943)], (Dissertation) Donec'k 2002, S. 135-156.

51 Vgl. dazu Tytarenko, *Presa* (wie Anm. 50), S. 248-250; Liste der Zeitungen, die im Gebiet Donec'k (Stalino) in den Jahren 1941-1943 erschienen, Donec'kyj Oblasnyj Deržavnyj Archiv / Staatsarchiv des Gebietes Donec'k (DADO), F. P-633, Op. 1, D. 376, Bl. 1-3.

Regime entschied, sondern vielmehr eine ausgeprägte regionale Identität, die offenbar manchmal einherging mit einem starken Zugehörigkeitsgefühl zum Betrieb (Bergwerk), in dem man arbeitete.

Die »Aussonderung« und Ermordung der jüdischen Bevölkerung spielte sich weitgehend vor den Augen der lokalen Bevölkerung ab und stieß nach den Lageberichten der Sicherheitspolizei und des SD sowie der Wehrmacht in der Ukraine überwiegend nicht auf Widerstand, sondern wurde oft sogar begrüßt (wobei die Massenmorde auch auf viele Nicht-Juden eine Schock-Wirkung ausübten). Denunziationen von Juden, die sich versteckt hielten, waren keine Seltenheit.⁵² Dabei spielten auch Verteilungskämpfe um knappe Nahrungsmittel eine zentrale Rolle.⁵³ Zu eigenständigen Pogromen der Zivilbevölkerung an den Juden kam es im Donbass – anders als in der Westukraine – jedoch nicht. Antisemitismus war allerdings nicht nur in der Westukraine weit verbreitet, sondern besaß auch im Donezbecken in Teilen der Bevölkerung eine Basis.⁵⁴ Zu erwähnen bleibt nicht zuletzt, daß es auch Fälle gab, in denen Ukrainer Juden retteten.⁵⁵

Die Zusammenarbeit mit den Deutschen

Die einheimischen Polizeikräfte

Zu den eindeutigsten Formen der Zusammenarbeit mit dem Feind gehörte die polizeiliche Kollaboration, die angesichts des Mangels an deutschem Personal eine bedeutende Rolle bei der Umsetzung des deutschen Besatzungsregimes vor Ort spielte.⁵⁶

52 Vgl. Berkhoff, *Hitler's Clean Slate* (wie Anm. 46), S. 399 ff.

53 Vgl. Pohl, *Schauplatz Ukraine* (wie Anm. 9), S. 168.

54 Vgl. Kuromiya, *Freedom and Terror* (wie Anm. 4), S. 198 ff; Pohl, *Ukrainische Hilfskräfte* (wie Anm. 10), S. 220. Der NKGB der Ukraine berichtete im September 1944 aus den befreiten ukrainischen Gebieten vielerorts über »Fälle von scharfen antisemitischen Äußerungen von seiten der lokalen Bevölkerung« bis hin zu »offenen Auftritten mit Pogrom-Charakter«. Die im Bericht genannten Beispiele betreffen allerdings überwiegend Kiev, in einem Fall Dnipropetrovsk. Diese Einschätzung des NKGB wurde in einem weiteren Bericht des ZK der KP(b)U kritisiert. Vgl. dazu Mitteilung des Volkskommissars für Staatssicherheit der Ukrainischen SSR an Chrusčev über antisemitische Erscheinungen in der Ukraine, CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 1363, Bl. 1-14, 22-40.

55 Vgl. für den Donbass z. B. die Lebenserinnerungen von Ju. E. Korytnyj, *Sorok let spustja* [Nach vierzig Jahren], Donec'k 1998; für die Ukraine insgesamt vgl. F. Golczewski, *Die Revision eines Klischees. Die Rettung von verfolgten Juden im Zweiten Weltkrieg durch Ukrainer*, in: W. Benz/J. Wetzel (Hg.), *Solidarität und Hilfe für Juden während der NS-Zeit. Regionalstudien II Ukraine, Frankreich, Böhmen und Mähren, Österreich, Lettland, Litauen, Estland*, Berlin 1998, S. 9-81 sowie die Sammlung von Erinnerungen von Überlebenden des Holocaust in der Ukraine, in: B. Zabarko, *Živymi ostalis' tolko my. Svidetelstva i dokumenty* [Überlebt haben nur wir. Zeugnisse und Dokumente], Kiev 1999.

56 Vgl. zu den Schutzmannschaften in der Ukraine ausführlich den Beitrag von Frank Golczewski in diesem Band sowie ders., *Organe* (wie Anm. 10), S. 173-196 und Pohl, *Ukrainische Hilfskräfte* (wie Anm. 10), S. 205-234.

Einheimische Polizisten trugen nicht nur maßgeblich zur Ermittlung und Festnahme von Kommunisten, Partisanen und Juden in den einzelnen Polizeibezirken bei, sondern partizipierten zum Teil auch an Folter und Massenerschießungen, die von der Sicherheitspolizei und dem SD, bzw. den Einsatz- und Sonderkommandos, durchgeführt wurden.⁵⁷ Der Leiter des ersten Polizeibezirks (von insgesamt 13 Polizeibezirken in Stalino) und spätere Leiter der Schutzmannschaften Ilja Babenko gab in einer Nachkriegsvernehmung an, daß unter seiner Leitung im Besatzungszeitraum in der Stadt Stalino mindestens 7.500 Sowjetbürger, darunter 1.200 Kommunisten und 1.500 Juden, von seinem Polizeiapparat festgenommen worden seien.⁵⁸

Nach der Befreiung des Donbass fand die Moskauer Staatskommission zur Untersuchung der deutschen Kriegsverbrechen (nach eigenen, vermutlich überhöhten Angaben) allein im Gebiet Stalino Massengräber mit über 323.000 Menschen (davon 174.000 Zivilisten und 149.000 sowjetische Kriegsgefangene), die von den Deutschen erschossen, erhängt, im Gas erstickt oder lebendig die Förderschächte hinab gestoßen worden waren oder in den Lagern (vor allem sowjetische Kriegsgefangene) einfach an Hunger, Kälte, Entkräftung und Seuchen gestorben waren.⁵⁹ Hinzu kamen weitere 19.373 Opfer im Gebiet Worosilowgrad und etwa 24.000 Opfer in Šachty (Gebiet Rostov), die wesentlich kürzer unter deutscher Besatzung standen.⁶⁰ Eines der größten Massengräber mit – laut Schätzungen der Kommission – bis zu 75.000 Leichen wurde im Förderschacht des Bergwerks 4-4-bis »Kalinovka«, das am östlichen Stadtrand von Stalino liegt, entdeckt.⁶¹ Weitere Massengräber mit etwa 25.000 Leichen

57 Vgl. Strafsache A. A. Eichmann u. a., Archiv des Sicherheitsdienstes der Ukraine im Gebiet Donec'k (ASBUDO), F. 1, D. 60090, T. 1-7; Pohl, Ukrainische Hilfskräfte (wie Anm. 10), S. 205-234.

58 Vgl. Strafsache Eichmann, ASBUDO, F. 1, D. 60090, T. 3, Bl. 53 ff.

59 Vgl. Bericht der Moskauer Staatskommission über Verbrechen der deutschen Besatzer im Gebiet Stalino vom 30.5.1945, Gosudarstvennyj Archiv Russkoj Federacii [Staatsarchiv der Russischen Föderation, GARF], F. 7021, Op. 72, D. 811, Bl. 12 f. Die Angaben der Staatskommission sind in vielen Fällen deutlich höher, als mit anderen Quellen belegt werden kann. In einer anderen Quelle wird für das Gebiet Stalino eine Opferzahl von knapp 245.000 genannt: Strafsache Eichmann u. a., ASBUDO, F. 1, D. 60090, T. 5, Bl. 186.

60 Vgl. Bericht der Moskauer Staatskommission über Verbrechen der deutschen Besatzer im Gebiet Worosilowgrad, GARF, F. 7021, Op. 56, D. 687; Kuromiya, Freedom and Terror (wie Anm. 4), S. 273-275.

61 Dorthin wurden täglich mehrmals mit Lastwagen die Körper bereits toter Menschen (zum Teil Opfer, die in speziellen Gaswagen erstickt worden waren) sowie auch Personen, die dann unmittelbar dort erschossen wurden, gebracht. Die Bewohner der anliegenden Siedlung hatten beobachtet, daß über den gesamten Besatzungszeitraum manchmal bis zu zehn mal am Tag Gruppen von vier bis fünf Autos zum Schacht kamen; besonders häufig im Herbst und Winter 1941/42, im Winter 1942/43 und kurz vor der Räumung des Donezbeckens. Die Schätzung der Opferzahl durch die Kommission, die auf Volumenberechnungen basieren, erscheint allerdings zu hoch. Vgl. Strafsache Eichmann u. a., ASBUDO, F. 1, D. 60090, T. 5, Bl. 156-177. Heute befindet sich dort eine Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus.

sowjetischer Kriegsgefangener wurden auf dem Gelände des Lenin-Clubs beim Kriegsgefangenen-Stammlager (Stalag) Stalino vorgefunden. Wie groß der Anteil der jüdischen Opfer an der Gesamtzahl der Ermordeten war, ist aus den verfügbaren Quellen nicht zu ersehen. Nach Angaben der Moskauer Staatskommission wurde die zurückgebliebene jüdische Bevölkerung jedoch in allen größeren Ortschaften des besetzten Donbass umgebracht. Mehrere Massentötungsaktionen an Juden sind von der Moskauer Staatskommission überliefert: So die Tötung von über 3.000 Juden im Zusammenhang mit der Räumung des Ghettos von Stalino im April 1942,⁶² die Tötung der über 3.000 Juden von Artemovsk in der Zeit zwischen dem 9. Januar und dem 15. Februar 1942, der Mord an 8.000-9.000 Juden in Mariupol' im Oktober 1941 und die Tötung von über 3.000 Juden in der Stadt Vorosilovgrad im November 1942.⁶³ Die Zahl der jüdischen Opfer in der Ukraine ist insgesamt schwer festzustellen.⁶⁴ Zwischen den Opferangaben der Moskauer Staatskommission und den Opferzahlen, die auf der Grundlage deutscher Quellen und Zeugenaussagen von der deutschen Nachkriegsjustiz ermittelt wurden, bestehen zum Teil große Diskrepanzen.⁶⁵ Es ist jedoch davon auszugehen, daß die Mehrheit der Juden, die im Donezbecken unter deutsche Militärverwaltung gerieten, sofern es ihnen nicht gelungen war zu fliehen, während der Besatzung getötet wurde.

Als die einheimische Polizei Anfang November 1941 auf Anweisung der Militärkommandantur in der Stadt Stalino (mit 13 Polizeibezirken) organisiert wurde, war sie zunächst direkt der ebenfalls neu gebildeten Stadtverwaltung unterstellt, die sie auch aus ihren Mitteln finanzieren mußte. Als Exekutivorgan der Stadtverwaltung führte die Polizei deren Anordnungen aus, und die Leiter der Polizeibezirke berichteten dem Bürgermeister von Stalino wöchentlich persönlich über ihre Tätigkeit. Die Stadtverwaltung erhielt ihre Anordnungen wiederum direkt von den deutschen Militärverwaltungsbehörden (Standortkommandantur Stalino). Nach Ankunft eines regulären Schutzpolizeikommandos in Stalino im April 1942 wurden aus dieser städtischen Polizei dann zwei getrennte Organe gebildet: die Schutzmannschaften, die

62 In einem Bericht des NKGB in Stalino an Chruščev vom Dezember 1943 heißt es abweichend, daß im Zeitraum von Dezember 1941 bis Februar 1942 die gesamte jüdische Bevölkerung von Stalino – bis zu 15.000 Menschen – von den Deutschen umgebracht wurde. Vgl. CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 3839, Bl. 75.

63 Vgl. Strafsache Eichmann u. a., ASBUDO, F. 1, D. 60090, T. 7, Bl. 282 ff.; Bericht des Leiters des NKVD im Gebiet Stalino über Verbrechen der deutschen Besatzer im Gebiet Stalino vom 11.10.1943, CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 3839, Bl. 4-26; Kuromiya, Freedom and Terror (wie Anm. 4), S. 269 ff., 285 ff. Auch hier sind die von der Kommission angegebenen Opferzahlen möglicherweise z. T. zu hoch. So wurde die Zahl der Opfer in einem Alabasterbergwerk bei Artemovsk von der Kommission allein auf der Grundlage von Volumenberechnungen auf etwa 3.000 geschätzt. Im Rahmen des deutschen Strafverfahrens gegen Angehörige des Sonderkommandos 4b (Einsatzgruppe C), das dieses Verbrechen zu verantworten hatte, wurde eine Opferzahl von maximal 500 Menschen zugrunde gelegt. Vgl. dazu das Strafverfahren 8 Ks 3/70, in: Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Bestand Gerichte Rep. 388, Nr. 0372.

64 Vgl. dazu Pohl, Schauplatz Ukraine (wie Anm. 9), S. 169 f.

65 Vgl. beispielsweise die unterschiedlichen Opferzahlen für Artemovsk in Anmerkung 63.

der deutschen Schutzpolizei unterstellt wurden und die Kriminalpolizei, die unmittelbar der Sicherheitspolizei unterstellt wurde. Die einheimische Polizei in Stalino zählte (nach unterschiedlichen Quellenangaben) zwischen 1.000 und 2.000 Mitglieder (davon waren etwa 100 Aufsichtskräfte in Gefängnissen und Lagern).⁶⁶ Mit der direkten Unterstellung unter die deutschen Besatzungsbehörden (und Finanzierung durch diese) erhielten die einheimischen Polizeikräfte nun höhere Verpflegungssätze (gemäß der Sätze für die Armee), eine Uniform und einen höheren Lohn.

Zu den Aufgaben der einheimischen Polizisten gehörte die Kontrolle über die Einhaltung der deutschen Gesetze, die Bewachung von Gefängnissen und Lagern, die Konfiskation von Lebensmitteln, Wertsachen und Möbeln bei der Bevölkerung sowie die zwangsweise Rekrutierung von Arbeitskräften für den lokalen Bedarf und für den Reichseinsatz.⁶⁷ Insgesamt wurden aus dem Donezbecken – nach sowjetischen Angaben – über 330.000 Menschen als sogenannte Ostarbeiter ins Reich verschleppt; davon 252.239 aus dem Gebiet Stalino und 74.047 aus dem Gebiet Vorosilovgrad.⁶⁸ Aus dem Zuständigkeitsbereich der gesamten Wirtschaftsinspektion Süd, der territorial über das Donezbecken hinausreichte, wurden – nach deutschen Angaben – von Januar 1942 bis September 1943 über 700.000 Menschen ins Reich deportiert.⁶⁹

Als die Werberkommissionen ihre Arbeit im Donezbecken im Januar 1942 begannen, konnten sie zunächst auf mehrere tausend freiwillige Meldungen zurückgreifen, denn angesichts der katastrophalen Versorgungslage vor Ort erschien der Reichseinsatz manchen als Rettung vor dem Hunger,⁷⁰ zumal die Besatzungsbehörden nicht nur deutlich höhere Verpflegungssätze im Reich, sondern auch die Versorgung der zurückbleibenden Angehörigen versprachen.⁷¹ Als sich die Versprechungen jedoch zunehmend als Lügen herausstellten, ging die Zahl der Freiwilligen sehr bald wieder zurück und die Besatzungsbehörden begannen, Arbeitskräfte für das Reich mit Hilfe

66 Vgl. Strafsache Eichmann u. a., ASBUDO, F. I, D. 60090, T. 3, Bl. 93-100, 149 sowie Bericht der Kommission zur Überprüfung des Arbeitseinsatzes über die Stadtverwaltung Stalino, BA-MA, RW 31/437.

67 Vgl. Strafsache Eichmann u. a., ASBUDO, F. I, D. 60090, T. 1, S. 169, 207, 259.

68 Vgl. Bericht der Moskauer Staatskommission über Verbrechen der deutschen Besatzer im Gebiet Stalino, GARF, F. 7021, Op. 72, D. 811, Bl. 13; Zusammenstellung über die Zahl der Sowjetbürger, die unter der Besatzung gewaltsam aus der Ukraine verschleppt wurden, CDA-HOU, F. I, Op. 23, D. 1478, Bl. 7.

69 R.-D. Müller (Hg.), Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941-1943. Der Abschlußbericht des Wirtschaftsstabes Ost und Aufzeichnungen eines Angehörigen des Wirtschaftskommandos Kiew, Boppard am Rhein 1991, S. 549 f.

70 Vgl. zur selektiven Hungerpolitik der Besatzungsbehörden gegenüber den Großstädten und Industriebezirken: Der Angriff auf die Sowjetunion, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4, Stuttgart 1983, S. 989-1022; C. Gerlach, Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1998; W. Moskoff, The bread of affliction. The food supply in the USSR during World War II, Cambridge 1990; Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.), Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944. Ausstellungskatalog, Hamburg 2002, S. 287-360.

71 Vgl. Lagebericht der Wirtschaftsinspektion Süd, BA-MA, RW 31/410; Doneckij Vestnik, 29.1.1942; 1.2.1942; 15.2.1942; 9.8.1942.

der einheimischen Polizei zwangsweise zu rekrutieren.⁷² Ähnlich war die Lage bei der Bereitstellung von Arbeitskräften für den Bedarf vor Ort. Auch dort mußten die Besatzungsbehörden seit Jahresende 1942 vermehrt massive Gewalt anwenden. Dabei spielte die einheimische Polizei eine bedeutende Rolle. Im Auftrag des deutschen Kommandos oder der einheimischen Bürgermeister und Starosty, die den deutschen Besatzungsbehörden bestimmte Kontingente an Arbeitskräften stellen mußten, führte die einheimische Polizei an öffentlichen Plätzen Menschenjagden auf Sowjetbürger durch oder nächtliche Razzien in den Wohnungen.⁷³

Das Arbeitsamt in Makeevka, das »zur Bekämpfung des Arbeitsunwillens« der Bevölkerung im Einvernehmen mit der Ortskommandantur Anfang Februar 1942 die Prügelstrafe eingeführt hatte, übertrug die Durchführung der einheimischen Polizei.⁷⁴ Zudem waren die Polizisten beteiligt an der zwangsweisen Rückführung und Umsiedlung von mehreren tausend Arbeitskräften, die auf das Land abgewandert waren oder sich in von der Rückeroberung durch die Rote Armee bedrohten Gebieten befanden.⁷⁵

Die Mitglieder der einheimischen Polizei rekrutierten sich nur zum Teil aus Personen, die der Sowjetmacht feindlich gegenüber standen, weil sie unter ihr Repressionen erlitten hatten. So waren unter ihnen mehrere Söhne aus Priester- oder »Kulaken«-Familien sowie einige, die aus anderen Gründen in den 1930er Jahren selbst (oder ein enges Familienmitglied) repressiert worden waren. Der Leiter des 5. Polizeibezirks Michail Evtjušin war Russe mit niederer Bildung und von Beruf Zimmermann. Unter der Sowjetregierung hatte er fünf Jahre im Gefängnis verbracht. Die beiden stellvertretenden Leiter des ersten Polizeibezirks Zimmermann und Wächter waren deutsche Kolonisten und gehörten damit zu einer Bevölkerungsgruppe, die in den dreißiger Jahren besonders gelitten hatte.⁷⁶ Allerdings gibt es auch Gegenbeispiele: Der Leiter der Schutzmannschaften in Stalino, Ilja Babenko, war Ukrainer und – laut seiner Prozeßakte – im Bürgerkrieg ehemaliger Offizier der Weißen Armee, hatte es unter der Sowjetregierung aber dennoch zum Leitungskader in der Kohlenindustrie gebracht, was nicht von Repressionen aufgrund seiner Vergangenheit zeugt. Auch zwei Polizisten aus Vorošilovgrad, I. Meľnikov (Russe) und V. Podtynnyj (Ukrainer), die für ihre Teilnahme an Folter und Exekutionen an Juden und Kommunisten unter der deutschen Besatzung in der Nachkriegszeit verurteilt wurden, waren unter der Sowjetregierung nicht repressiert worden. Beide kamen aus Bauernfamilien, besaßen nur eine niedrige Bildung, hatten in der Roten Armee gekämpft und waren dafür sogar ausgezeichnet worden.⁷⁷

72 Vgl. Lagebericht der Wirtschaftsinspektion Süd für April 1942, BA-MA, RW 31/431.

73 Strafsache Eichmann u. a., ASBUDO, F 1, D. 60090, T. 1, Bl. 259; T. 3, Bl. 195; T. 4, Bl. 103; T. 5, Bl. 11.

74 KTB 2 der Wirtschaftsinspektion Süd, Eintrag vom 3.2.1942, BA-MA, RW 31/410.

75 Vgl. Lageberichte der Wirtschaftsinspektion Süd, BA-MA, RW 31/421, 424, 426, 477.

76 Vgl. Strafsache Eichmann u. a., ASBUDO, F 1, D. 60090, T. 5, Bl. 116-119, 187-234. Zu den Volksdeutschen vgl. M. Buchweiler, Volksdeutsche in der Ukraine am Vorabend und Beginn des Zweiten Weltkriegs – ein Fall doppelter Loyalität?, Gerlingen 1984.

77 Vgl. Kuromiya, Freedom and Terror (wie Anm. 4), S. 286 f.

In ethnischer Hinsicht lautete das Rekrutierungsprinzip der deutschen Besatzungsbehörden, daß (neben Ukraine-Deutschen) in erster Linie Ukrainer und dann nationale Minderheiten ausgewählt werden sollten. Zunächst gehörten die ukrainische Nationalität, die Kenntnis der ukrainischen Sprache und eine Bescheinigung darüber, daß der Betreffende nicht Mitglied der Kommunistischen Partei gewesen war sogar zu den unbedingten Rekrutierungskriterien für die Polizisten. Sehr bald wurde diese nationale Einschränkung aber aufgehoben und man nahm auch alle ehemaligen Mitglieder der sowjetischen Miliz auf, sofern sie nicht der Partei angehört hatten.⁷⁸ Tatsächlich befanden sich im Donezbecken – bedingt durch die ethnische Bevölkerungsstruktur – offenbar nicht wenige Russen in den Reihen der »ukrainischen Hilfspolizei«, sowie Ukraine-Deutsche und andere Minderheiten, beispielsweise auch einige Armenier.⁷⁹ Materielle Beweggründe waren, wie es scheint, für den Eintritt in die Polizei mindestens ebenso wichtig wie politische oder »nationale«, vor allem die Tatsache, daß die Hilfspolizisten neben anderen Privilegien auch die gleichen Lebensmittelrationen wie die deutschen Militärangehörigen erhielten. Obwohl sie ihre Loyalität gegenüber den Besatzungsbehörden durch den Eid auf Hitler bekräftigte,⁸⁰ war die einheimische Polizei im Donbass für die Deutschen kein besonders zuverlässiger Partner, wie sich im Frühjahr 1943 während der erfolgreichen russischen Offensive zeigte. Damals berichtete die Wirtschaftsinspektion Süd:

»Die einheimische Miliz hat sich bei Zuspitzung der örtlichen militärischen Lage als unzuverlässig erwiesen und mußte daher ostwärts des Dnjepr zum größten Teil entwaffnet werden.«⁸¹

Das lag nach Ansicht der Wirtschaftsinspektion vor allem daran, daß viele die Rache der Roten Armee fürchteten. Flüchtlinge berichteten zum Teil über eine grausame Behandlung derjenigen, die bei deutschen Dienststellen gearbeitet hatten.⁸²

Mit ihrem zum Teil willkürlichen und brutalen Auftreten waren die Polizisten der Bevölkerung verhaßt. Dies führte sogar zu Denunziationen und Beschwerden beim deutschen Kommando. Ein Phänomen, das auch andernorts in der Ukraine an der Tagesordnung war.⁸³ So beklagte der deutsche Stadtkommandant auf einer gemeinsamen Sitzung der Abteilungsleiter der Stadtverwaltung und der Leiter der Polizeibezirke die große Zahl von Beschwerden über die Polizisten und die Mitarbeiter der Stadtverwaltung, die bei ihm täglich eingingen. Er forderte die Polizisten nachdrücklich auf, Besäufnisse und korruptes Verhalten einzustellen und gegenüber der Bevölkerung eine »gute und höfliche Haltung« einzunehmen.⁸⁴ In einem anderen Fall kam es

78 Vgl. Bericht des ukrainischen Partisanenstabs zur Organisation der Macht in den besetzten Gebieten, CDAHOU, F. 62, Op. 1, D. 183, Bl. 15-26.

79 Vgl. Strafsache Eichmann u. a., ASBUDO, F. 1, D. 60090, T. 3, Bl. 1-196; T. 5, Bl. 187-234.

80 Vgl. Strafsache Eichmann u. a., ASBUDO, F. 1, D. 60090, T. 3, Bl. 99 f.

81 Vgl. Lagebericht der Wirtschaftsinspektion Süd für Februar 1943, BA-MA, RW 31/421.

82 Vgl. Lagebericht der Wirtschaftsinspektion Don-Donetz für Januar 1943, BA-MA, RW 31/421.

83 Vgl. Golczewski, Organe (wie Anm. 10), S. 194 ff.

84 Strafsache Eichmann u. a., ASBUDO, F. 1, D. 60090, T. 6, Bl. 36.

vor, daß die deutschen Besatzungsorgane einen einheimischen Polizisten öffentlich erhängten mit einem Schild um den Hals, auf dem zu lesen war: »Ich wurde bestraft für den Raub an der friedlichen Bevölkerung«. Zugleich kursierten in der Bevölkerung aber Gerüchte, daß er tatsächlich dafür bestraft worden war, daß er den Besatzungsorganen von seiner Beute zu wenig abgeliefert hatte.⁸⁵ Offenbar gehörte dieses Auftreten gegenüber der Bevölkerung »in der Rolle des Beschützers und Wohltäters« auch zur deutschen Propaganda, wie ein NKVD-Bericht feststellte.⁸⁶

Die lokalen Selbstverwaltungen

Zur Regulierung des öffentlichen Lebens und Umsetzung ihrer Befehle richteten die Besatzungsbehörden bereits kurz nach der Besetzung in den Städten und Rayons einheimische Verwaltungsorgane ein. In den einzelnen Dörfern wurden sogenannte Dorfälteste (Starosta) eingesetzt. Dabei wurden die früheren sowjetischen Verwaltungsgrenzen weitestgehend beibehalten; auf die Einrichtung einer zentralen Gebietsverwaltung wurde allerdings bewußt verzichtet. Alle einheimischen Verwaltungseinrichtungen auf Stadt-, Rayon- und Dorfebene unterstanden direkt dem jeweiligen deutschen Kommando. Im Fall der Stadtverwaltung Stalino war dies die Standortkommandantur Stalino, die wiederum unter dem Oberbefehl der Heeresgruppe Süd, bzw. B, stand.

Die Stadtverwaltung Stalino setzte sich zusammen aus einer Hauptverwaltung (mit Personalabteilung, Wirtschaftsabteilung, Rechtsabteilung und Wohlfahrtsabteilung), einer Revisionsabteilung, einer Abteilung für Arbeit, dem zentralen Passbüro, einer Finanzabteilung, einer Abteilung für Schulen und Kultur, einer Abteilung für Industrie und Handel, einer Landwirtschaftsabteilung, dem Wohnungsamt, einer Abteilung für städtische Betriebe, einer Gesundheitsabteilung sowie sieben Bezirksverwaltungen. Die Struktur der Stadtverwaltung Stalino entsprach damit im Wesentlichen dem Aufbau der meisten Stadtverwaltungen in der besetzten Ukraine.⁸⁷

Im Juni 1943 zählte die Stadtverwaltung Stalino – nach deutschen Angaben – 6.449 Beschäftigte, davon etwas mehr als die Hälfte Frauen,⁸⁸ 37 Prozent der Beschäftigten waren Arbeiter, weitere 37 Prozent Büro-Angestellte und 25 Prozent technische Angestellte. Hinzu kamen etwa 2.000 Polizisten und 300 Feuerwehrleute sowie wei-

85 Vgl. Material zur Befragung von E. L. Tatarenko über die Situation im besetzten Kramatorsk, CDAHOU, F. 62, Op. 1, D. 1621, Bl. 184-188.

86 Vgl. Mitteilung des Volkskommissars für innere Angelegenheiten der Ukrainischen SSR an Chruščev über die Situation im Gebiet Vorošilovgrad nach der Befreiung, CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 685, Bl. 18.

87 Vgl. Bericht des ukrainischen Partisanenstabs zur Organisation der Macht in den besetzten Gebieten, CDAHOU, F. 62, Op. 1, D. 183, Bl. 15-26. Vgl. dazu auch P. V. Rekotov, *Orhany upravlinnja na okupovanij terytorij Ukraïny (1941-1944rr.)* [Verwaltungsorgane im besetzten Gebiet der Ukraine (1941-1944)], in: *Ukraïns'kyj Istoryčnyj Žurnal* H. 3 (1997), S. 95 ff.

88 Frauen wurden von den Deutschen jedoch in der Regel nicht in Leitungsfunktionen und auch nicht als Starosta zugelassen. Vgl. Bericht des ukrainischen Partisanenstabs zur Organisation der Macht in den besetzten Gebieten, CDAHOU, F. 62, Op. 1, D. 183, Bl. 15-26.

tere 1.000 Mitarbeiter des städtischen Handelsunternehmens und der Arbeitsbehörden. Zu den Beschäftigten der Stadtverwaltung zählten auch 677 Bergleute, da fast alle Abteilungen Kleinbergwerke gepachtet hatten, in denen sie die Kohle für den Verbrauch der Abteilung sowie für den privaten Verbrauch der Mitarbeiter förderten. Insgesamt waren somit in Stalino etwa 10.000 Einwohner in der Verwaltung tätig. Bei einer Einwohnerzahl von 148.507 Menschen, von denen 46.041 unter 14 Jahren waren, bedeutete dies, daß etwa zehn Prozent aller Erwachsenen in Stalino mit der eigenen Verwaltung befaßt waren. – Eine Zahl, die in den Augen der deutschen Kommission zur Überprüfung der Effektivität des Arbeitseinsatzes bei den Wirtschaftsdienststellen deutlich zu hoch war und um mindestens 2.000 Personen reduziert werden sollte.⁸⁹ Die einheimischen Verwaltungen boten ihren Angestellten – angesichts der deutschen Hungerpolitik – einen vergleichsweise privilegierten Arbeitsplatz mit sicheren Lebensmittelrationen und überdurchschnittlich hohen Löhnen.⁹⁰

Neben dem Interesse an der Absicherung der eigenen Existenz ist die Motivlage für die Kooperation mit den Deutschen schwer zu beurteilen. Die neuen Leitungskader der einheimischen Verwaltungsorgane kamen wiederum nur zum Teil aus dem Kreis der oft akademisch Gebildeten, die unter der Sowjetmacht Repressionen zu erleiden hatten. So war die Mehrzahl der Abteilungsleiter der zentralen Stadtverwaltung in Vorošilovgrad unter der Sowjetmacht bereits einmal für »anti-sowjetische« oder in einem Fall auch ukrainisch-nationalistische« Tätigkeit verurteilt worden.⁹¹ Der Bürgermeister von Vorošilovgrad, Zubovskij, war Arzt und stammte aus einer Priesterfamilie. Seine Repressionserfahrungen aus den dreißiger Jahren hatten ihn – wie er selbst (laut Prozeßakte) während seines Strafprozesses in der Nachkriegszeit erklärte – »zum Feind des Sowjetregimes« gemacht. Er war 1931 unter der Anklage, einer konterrevolutionären Organisation angehört zu haben, über fünf Monate inhaftiert worden. Seine Frau beging in dieser Zeit Selbstmord.⁹²

In der Stadtverwaltung Stalino saßen mit dem Bürgermeister Eichmann (russisch: Ejchman) und drei weiteren Abteilungsleitern vier deutsche Kolonisten in Führungspositionen.⁹³ Die Ukraine-Deutschen hatten als »potentielle Spione« in besonderem

89 Vgl. Bericht der Kommission zur Überprüfung des Arbeitseinsatzes über die Stadtverwaltung Stalino, BA-MA, RW 31/437 sowie Lagebericht der Chefgruppe Arbeit der Wirtschaftsinpektion Süd für Mai 1943, BA-MA, RW 31/477.

90 Gemäß einer Lohnaufstellung der Mitarbeiter der Stadtverwaltung Char'kov (über den Donbass liegen keine Angaben vor) verdiente der Oberbürgermeister 5.000 Rubel monatlich, die leitenden Angestellten verdienten zwischen 1.500 und 3.500 Rubel, Sekretäre, Buchhalter und Inspektoren zwischen 600 und 1.200 Rubel. Selbst die niedrigsten Angestellten verdienten monatlich 300 Rubel, während der durchschnittliche Monatsverdienst der Bergleute im Donbass 347 Rubel betrug. Vgl. United States Holocaust Memorial Museum (USHMM), RG 31.010M, reel 1.

91 Vgl. Bericht des Volkskommissars für innere Angelegenheiten der Ukrainischen SSR über die Stadtverwaltung in Vorošilovgrad, CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 685, Bl. 151-156.

92 Vgl. Kuromiya, *Freedom and Terror* (wie Anm. 4), S. 285 ff.

93 Vgl. Bericht der Kommission zur Überprüfung des Arbeitseinsatzes über die Stadtverwaltung Stalino, BA-MA, RW 31/437 sowie Strafsache Eichmann u. a., ASBUDO, F. 1, D. 60090, T. 5, Bl. 116.

Maße unter den »Großen Säuberungen« 1937-1938 zu leiden gehabt: Im Gebiet Stalino waren zwischen September 1937 und Februar 1938 4.265 Deutsche festgenommen worden und zum größten Teil umgebracht worden. Mit einem Bevölkerungsanteil von 1,5 Prozent stellten die Deutschen im Gebiet Stalino – gemäß einer jüngeren Untersuchung des ukrainischen Historikers Nikoľskij – fast 22 Prozent aller Repressierten.⁹⁴ Nach dem Überfall der deutschen Truppen auf die Sowjetunion nahmen die Repressionen erneut zu und gipfelten in den Deportationen vom August 1941, bei denen neben den Wolgadeutschen auch etwa ein Viertel der etwa 400.000 Ukraine-Deutschen nach Sowjet-Asien verschleppt wurden.⁹⁵

Der Bürgermeister von Stalino, Eichmann, verkörpert allerdings im Hinblick auf seinen Lebensweg unter der Sowjetherrschaft kein typisches Beispiel. Andrej Andreevič Eichmann war 1904 in der deutschen Kolonie Valdorf im Gebiet Zaporizžja geboren worden und arbeitete seit 1922 als Lokführer bei der Eisenbahn. 1929 war er der Kommunistischen Partei beigetreten. Ein Jahr später kehrte er in eine deutsche Kolonie im Gebiet Zaporizžja zurück, wo er bald Leiter einer Kolchose wurde. Im Oktober 1941 floh Eichmann mit seiner Familie vor den vorrückenden deutschen Truppen ins Donezbecken nach Stalino. Dort blieb er dann und erwartete den Einmarsch der Deutschen. Unter der Okkupation gelang es ihm, als Dolmetscher das Vertrauen des deutschen Kommandanten zu gewinnen, und er wurde Ende Oktober 1941 zum Stellvertreter des ersten Bürgermeisters von Stalino ernannt, dessen Position er – nach dessen plötzlichen Verschwinden – im Mai 1942 übernahm. Eichmann, der von einem Mitarbeiter später als »Abenteurer und kleiner Gauner«, der weder lesen noch schreiben konnte, beschrieben wurde, erfuhr damit einen ungeahnten Aufstieg.⁹⁶

Nicht selten fanden sich in Leitungspositionen der neuen Verwaltungsorgane – wie im Fall Eichmanns – langjährige Mitglieder der Kommunistischen Partei.⁹⁷ Die Mehrzahl der 18 Angeklagten im Eichmann-Prozeß, die unter der Besetzung Leitungsfunktionen in der Stadtverwaltung und Polizei innehatten, bekleideten bereits

94 Vgl. Kuromiya, *Freedom and Terror* (wie Anm. 4), S. 233.

95 Vgl. Buchweiler, *Volksdeutsche in der Ukraine* (wie Anm. 76), sowie den Dokumentenband »Mobilizovat' nemcev v rabočie kolony ... I. Stalin«. *Sbornik Dokumentov (1940-e gody)* [»Die Deutschen sind in Arbeiterkolonnen zu mobilisieren ... I. Stalin«. Dokumentensammlung], (sost., predisl., komment. D-ra ist. Nauk, prof. N.F. Bugaja), Moskau 1998.

96 Eichmann wurde im September 1946 im Rahmen eines großen Prozesses gegen 18 führende Mitglieder der Stadtverwaltung und Polizei in Stalino als Vaterlandsverräter zum Tode verurteilt und kurze Zeit später erschossen. Vgl. dazu die Prozeßakten ASBUDO, F. 1, D. 60090, Tom 1-8 sowie D. N. Tytarenko, »A. A. Ejchman – predsedatel' gorodskoj upravy g. Juzovki (Stalino) vo vremja nemecko-fašistskoj okkupacii« [A. A. Eichmann – Vorsitzender der Stadtverwaltung der Stadt Juzovka (Stalino) während der deutsch-faschistischen Besatzung], in: *Nemcy SSSR v gody Velikoj Otečestvennoj vojny i v pervoe poslevoennoe desjatiletie 1941-1955gg. Materialy 7-j meždunarodnoj naučnoj konferencii*. Moskva, 19-22 oktjabrja 2000 g. [Die Deutschen der UdSSR in den Jahren des Großen Vaterländischen Kriegs und im ersten Nachkriegsjahrzehnt, 1941-1955. Materialien der 7. Internationalen wissenschaftlichen Konferenz in Moskau vom 19. bis 22. Oktober 2000], S. 249-256.

97 Vgl. Kuromiya, *Freedom and Terror* (wie Anm. 4), S. 284.

vor dem Krieg unter der Sowjetherrschaft verantwortungsvolle Positionen im Sowjetapparat der Stadt Stalino.⁹⁸ Nach der Befreiung des Gebietes Stalino stellte die Parteiorganisation fest, daß in einigen Bezirken eine beachtliche Zahl von Kommunisten freiwillig im besetzten Gebiet verblieben war und konstatierte dazu: »Ein Teil der Kommunisten erwies sich als Feiglinge, ein anderer als Ballast, ein weiterer als Betrüger und Vaterlandsverräter.«⁹⁹ Und auch im Gebiet Vorošilovgrad waren – nach Angaben des NKVD – von 450 Personen, die kurz nach der Befreiung als »Verräter« festgenommen worden waren, die wenigsten unter der Sowjetmacht repressiert worden, während die Mehrzahl auf den ersten Blick keinen Grund hatte, das Sowjetsystem zu hassen.¹⁰⁰ Umgekehrt gibt es auch Beispiele von Personen, die aufgrund ihrer Repressionserfahrung ausreichenden Anlaß gehabt hätten, die Sowjetmacht zu hassen und sich dennoch für den sowjetischen Untergrund engagierten.¹⁰¹ Ukrainische Nationalisten, die beispielsweise den Großteil der Mitglieder der Stadtverwaltung in Char'kiv stellten, waren in den Stadtverwaltungen im Donezbecken offenbar weniger stark vertreten.¹⁰² Eine Ausnahme stellte diesbezüglich unter den größeren Städten des Donbass allein Mariupol' dar, wo sich die Stadtverwaltung unter der Kontrolle ukrainischer Nationalisten befand.¹⁰³

Das einfache Personal der neuen lokalen Selbstverwaltungen wurde zum großen Teil aus den Reihen der früheren Mitarbeiter der sowjetischen Stadt- und Rayonsowjets zusammengestellt, die per Befehl aufgefordert wurden, an ihre alten Arbeitsplätze zurückzukehren.¹⁰⁴ Die Deutschen knüpften beim Aufbau ihrer »neuen Ordnung« somit nicht nur an die alten sowjetischen Verwaltungsstrukturen an, sondern griffen vielfach auch auf die alten Belegschaften zurück. Dieses Vorgehen hatte nach

98 Vgl. Strafsache Eichmann u. a., ASBUDO, F. 1, D. 60090, T. 1, Bl. 324.

99 Vgl. Bericht über die Arbeit der Parteiorganisation im Gebiet Stalino, CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 60, Bl. 1-24, hier Bl. 1, 12. Allerdings war offenbar der größte Teil der Parteimitglieder vor dem Einmarsch der Deutschen für die Rote Armee mobilisiert oder evakuiert worden. So gerieten von 49.000 Kommunisten im Gebiet Vorošilovgrad vermutlich nur etwa 15.000 unter deutsche Besatzung. Vgl. Bericht über die Arbeit der Kaderabteilung des Gebietskomitees der KP(b)U in Vorošilovgrad während des Vaterländischen Krieges, CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 58, Bl. 1-35.

100 Vgl. Kuromiya, *Freedom and Terror* (wie Anm. 4), S. 283 f.

101 Überliefert ist beispielsweise der Fall von Eichmanns Sekretär Wibe, der ebenfalls deutscher Kolonist war. Obwohl in den dreißiger Jahren sowohl Wibes Vater als auch seine zwei Brüder den Repressionen zum Opfer gefallen waren, war Wibe unter der Besatzung als verdeckter Mitarbeiter für den NKVD tätig, dessen Opfer er dann in der Nachkriegszeit selbst wurde. Diese Angaben stützen sich auf die Aussagen eines Donec'ker Historikers, der Wibes Strafverfahren im ehemaligen KGB-Archiv von Donec'k einsehen konnte.

102 Vgl. Bericht des Volkskommissars für innere Angelegenheiten der Ukrainischen SSR über die Tätigkeit der Stadtverwaltung Char'kiv vom 20. April 1943, CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 685, Bl. 129-138.

103 Vgl. Armstrong, *Ukrainian Nationalism* (wie Anm. 45), S. 274 f.

104 Vgl. Bericht des ukrainischen Partisanenstabs zur Organisation der Macht in den besetzten Gebieten, CDAHOU, F. 62, Op. 1, D. 183, Bl. 15-26.

Ansicht der deutschen Militärverwaltung den Vorteil, daß die Bevölkerung an diese Verwaltungseinrichtungen gewöhnt war und sich nicht umzustellen brauchte.¹⁰⁵

Zu den Hauptfunktionen der Polizeieinheiten und der lokalen Selbstverwaltungen gehörte vor allem die »Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung« sowie die Sicherung des Bezirks vor »deutschfeindlichen Elementen«. ¹⁰⁶ Zu diesem Zweck betrieben die einheimischen Verwaltungen im Auftrag der Deutschen die möglichst totale Erfassung und Kontrolle der Bevölkerung sowie die Selektion und Registrierung von Kommunisten, Komsomolzen, Rotarmisten, Juden und sonstigen »Verdächtigen«. ¹⁰⁷ Bereits in den ersten Wochen der Okkupation waren die Parteimitglieder unter Strafandrohung aufgefordert worden, sich registrieren zu lassen; ein großer Teil von ihnen war – nach Angaben eines NKVD-Berichts – der Aufforderung freiwillig gefolgt. Aus dem Kreis dieser Leute warb der deutsche SD Agenten an, mit deren Hilfe er seit Februar 1942 Massenverhaftungen der restlichen Kommunisten, die sich der Registrierung entzogen hatten, vornahm. Die Festgenommenen gelangten zum Teil in ein Speziallager (bei der Siedlung Petrovka), in dem sich – nach NKVD-Angaben – zeitweilig bis zu 1.700 Häftlinge befanden. ¹⁰⁸ Einen Teil der Kommunisten und Komsomolzen erwartete auch der Tod. ¹⁰⁹ Andererseits gab es aber auch nicht wenige ehemalige Kommunisten, die beispielsweise in der Stadtverwaltung für die Deutschen arbeiteten. Die Haltung der deutschen Besatzungsorgane war diesbezüglich offenbar pragmatisch. So hatte – wie ein Zeuge im Eichmann-Prozess aussagte – der Leiter der nachrichtendienstlichen Abteilung des Einsatzkommandos 6 (EK 6) der Einsatzgruppe C in Stalino, ¹¹⁰ Matthias Graf, angeblich gegenüber Eichmann verlauten lassen: »Wahrhaftige Kommunisten sind diejenigen, die mit der Roten Armee hinter die Wolga gezogen sind. Aber die Kommunisten, die bei uns arbeiten, die sind genauso wie wir, man muß sie nur überprüfen.« ¹¹¹

Umso gnadenloser gingen die Besatzungsbehörden dagegen bei der Selektion und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung vor. Zunächst wurde der gesamten jüdischen Bevölkerung von Stalino, die angeblich »in großem Maße an Fällen von Sabotage,

105 Vgl. Abschlußbericht über die Tätigkeit der Militärverwaltung im Operationsgebiet des Ostens (Autor unbekannt), National Archives Washington (NA), T-501, roll 34.

106 Vgl. ebd.

107 Vgl. Bericht des Volkskommissars für innere Angelegenheiten der Ukrainischen SSR über die Stadtverwaltung in Vorosilovgrad, CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 685, Bl. 151-156.

108 Vgl. Bericht des Leiters des NKGB in Stalino über deutsche Verbrechen unter der Besatzung in den Städten Stalino und Artemovsk, CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 3839, Bl. 73-77.

109 Vgl. Strafsache Eichmann u. a., ASBUDO, F. 1, D. 60090, T. 3, Bl. 161.

110 Das EK 6 stand von Oktober 1941 bis September 1942 unter der Leitung von Robert Mohr. Vgl. zur Einsatzgruppe C den Beitrag von D. Pohl, Die Einsatzgruppe C, in: P. Klein (Hg.), Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD. (Publikationen der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, Bd. 6), Berlin 1997, S. 71-87 sowie zum EK 6 den Strafprozess gegen Robert Mohr u. a. vor dem Landgericht Wuppertal im Dezember 1967, Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Gerichte Rep. 240, Nr. 120 (Urteil).

111 Strafsache Eichmann u. a., ASBUDO, F. 1, D. 60090, T. 1, Bl. 203.

Raub usw. beteiligt war«, am 7. Dezember 1941 eine Kollektivstrafe in Höhe von acht Millionen Rubel (800.000 Reichsmark) auferlegt. Diese Strafe sollte von der jüdischen Gemeinde in drei Raten bis zum 1. Januar 1942 an den Bürgermeister gezahlt werden. Andernfalls wurden strengste Maßnahmen angedroht. Die entsprechende Pressebekanntmachung im Doneckij Vestnik trug die Unterschrift: »der Feldkommandant«. ¹¹² Es wurde jedoch nur ein Bruchteil dieser utopischen Summe zusammengetragen, nämlich 1.300.000 Rubel, die Eichmann im Februar 1942 – nach eigener Aussage – an das EK 6 übergab.

Ende Februar 1942 wurden der Bürgermeister von Stalino und sein damaliger Stellvertreter Eichmann vom EK 6, in Person von Graf und Heidelberger (Leiter der Exekutivabteilung und Stellvertreter des damaligen Leiters des EK 6 Robert Mohr), beauftragt, ein jüdisches Ghetto zu organisieren. Als Ort war eine Siedlung am Stadtrand namens »Belyj Kar'er« vorgesehen, nach Aussage Eichmanns »damit die Bevölkerung möglichst wenig davon mitbekommt«. Nachdem die dort lebenden Menschen innerhalb von drei Tagen »umgesiedelt« worden waren, geschah, wie Eichmann bei seiner Vernehmung angab, im März 1942 folgendes:

»Wir hatten den Leitern der Polizeibezirke und den Bezirksbürgermeistern die Anweisung erteilt, die gesamte jüdische Bevölkerung ins Ghetto zu überführen, wobei jede Familie Wertsachen, die beste Kleidung und Verpflegung für fünf bis sechs Tage mit sich führen sollte. Die Wohnungsschlüssel sollten den Polizisten übergeben werden, die die Umsiedlung durchführten. Im Resultat dieser Maßnahmen wurden aus allen Bezirken der Stadt die jüdischen Familien hierher getrieben. Die Schwachen und Kinder wurden gestützt und auf den Armen getragen, die Polizisten trieben sie mit Peitschen und Kolben, man hörte Stöhnen, Schreie und Weinen von Kindern. Angesichts der begrenzten Zahl von Hütten blieb ein Teil der Leute unter freiem Himmel. Alle Wertsachen und Eigentum wurden eingesammelt und an den SD übergeben, dann wurde die gesammelte jüdische Bevölkerung – über 3.000 Menschen – erschossen und in speziellen Gaswagen weggebracht [...]. Die Leichen der getöteten Menschen wurden in den Förderschacht Nr. 4-4-bis bei Kalinovka geworfen.« ¹¹³

Die Massenerschießungen und Räumung des Ghettos fanden nach Aussagen von Zeugen in der Nacht zum 1. Mai 1942 statt. ¹¹⁴ Der Leiter des 5. Polizeibezirks Evtjušin erinnerte sich bei seiner Prozeßvernehmung folgendermaßen an die »Säuberung« seines Polizeibezirks:

»Auf Anweisung von Graf und Šilnikov [Leiter der städtischen Polizei, T. P.] vom April 1942 sollte die gesamte jüdische Bevölkerung im 5. Polizeibezirk aus dem Verkehr gezogen werden. Zu diesem Zweck berief ich ein Treffen der Polizisten ein, stellte eine Liste aller Juden zusammen und verteilte sie an jeden Polizisten. Dann schickte ich sie gemeinsam mit den Soldaten-Gendarmen zur Verhaftung

¹¹² Vgl. Doneckij Vestnik 11.12.1941, S. 1.

¹¹³ Vgl. Strafsache Eichmann u. a., ASBUDO, F. 1, D. 60090, T. 1, Bl. 33.

¹¹⁴ Vgl. ebd., T. 1, Bl. 33; T. 7, Bl. 282.

der Juden. Die Festnahme der Juden wurde unter dem Anschein ihrer Verschickung an einen speziellen Ort, wo sie Arbeit erhalten sollten, durchgeführt. Es war typisch, daß den Polizisten die Anweisung erteilt worden war, die Juden darauf hinzuweisen, ihre Wertsachen mit sich zu führen. Im Resultat der von meinem Polizeibezirk durchgeführten Operation wurden mehr als 60 Juden festgenommen. Graf, Šifnikov und noch einige Offiziere der Gendarmerie ließen Durchsuchungen durchführen und sammelten alle ihre Wertsachen ein. Danach wurden sie in Autos in die Siedlung »Belyj Kar'er« gebracht, von wo sie dann von SD Mitarbeitern abgeholt und irgendwo erschossen wurden.«¹¹⁵

Eine weitere zentrale Aufgabe der lokalen Selbstverwaltungsorgane war die Versorgung der deutschen Armee mit allem nötigen. Dafür wurden alle nach dem Rückzug der Roten Armee in öffentlichen Einrichtungen vorgefundenen materiellen Werte in speziellen Lagerräumen deponiert. Mit Hilfe der Polizei wurde das Eigentum der ermordeten jüdischen Bevölkerung konfisziert und die Stadtverwaltung ließ zudem bei der gesamten Zivilbevölkerung Wohnungsdurchsuchungen durchführen, wobei Wertsachen, Möbel, Haushaltsgegenstände und auch Lebensmittel eingezogen wurden. Dazu erinnerte sich der Leiter des 5. Polizeibezirks, Evtjušin, bei seiner Prozeßvernehmung:

»Die Polizisten führten mit dem Ziel des Ausplünderns [bei der Bevölkerung, T. P.] massenweise Durchsuchungen durch. Dabei sammelten sie Möbel, Dinge des häuslichen Gebrauchs, Lebensmittel und verschiedene Wertsachen ein. All dies wurde von mir in die Lagerräume der Stadtverwaltung gebracht, von wo nach Ermessen Eichmanns ein Teil des Eigentums und der Möbel an die deutsche Militärverwaltung übergeben wurde und die restlichen Dinge und Lebensmittel unter den Mitarbeitern der Stadtverwaltung und der Polizei aufgeteilt wurden.«¹¹⁶

Diese Raubzüge erreichten offenbar ein solches Ausmaß (bzw. betrafen auch Bevölkerungsteile, die für die Deutschen wertvolle Arbeitskräfte darstellten), daß der deutsche Standortkommandant dies bei einer Sitzung der Stadtverwaltung und der Leiter der Polizeibezirke am 20. Juni 1942 kritisierte:

»Hinsichtlich der Bereitstellung von Möbeln für die Truppen dürfen den Leuten nicht ihre letzten Sachen weggenommen werden. [...] Viele Möbel wurden bei Personen eingezogen, die für die deutschen Truppen arbeiten. Das darf nicht sein!«¹¹⁷

Das Wohnungsamt versorgte die deutschen Okkupanten mit Wohnraum und vertrieb dazu, wenn erforderlich, die Menschen aus ihren Wohnungen – und zwar offenbar zunächst diejenigen, die ihre Miete nicht zahlen konnten.¹¹⁸ Auch die Wohnungen der umgebrachten jüdischen Familien wurden von den Besatzern bezogen, zum

115 Vgl. ebd., T. 4, Bl. 106.

116 Vgl. ebd.

117 Ebd., T. 6, Bl. 36.

118 Vgl. Bericht des ukrainischen Partisanenstabs zur Organisation der Macht in den besetzten Gebieten, CDAHOU, F. 62, Op. 1, D. 183, Bl. 21 f.

Teil aber auch von den einheimischen Polizisten.¹¹⁹ Die Industrieabteilung unternahm Versuche zum Wiederaufbau der lokalen Industriebetriebe und zog dazu die Bevölkerung als Arbeitskräfte heran. Die gesamte Produktion diente jedoch vorrangig dem Bedarf der deutschen Armee. Auch das Kleingewerbe der Stadt orientierte sich vorrangig am Bedarf der deutschen Soldaten: So gab es im Oktober 1942 in Stalino 627 Schuster, 165 Schneider, 140 Schlossereien, 75 Friseure und 50 Foto-Ateliers.¹²⁰

Der städtische Haushalt finanzierte sich allein durch Steuereinnahmen. Dazu zählten vor allem Umsatzsteuer, Lohnsteuer, Einkommenssteuer und Gebäudesteuer. 30 Prozent der monatlichen Steuereinnahmen mußten an die Militärverwaltung (Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes 10 Prozent, Wirtschaftsinspektion Süd 20 Prozent) abgegeben werden, die restlichen 70 Prozent bildeten den Haushalt.¹²¹ Darüber hinaus erzielte die Stadtverwaltung Einnahmen aus Strafgeldern, da sie laut Anordnung der Heeresgruppe Süd bei leichteren Vergehen von Einheimischen die Gerichtsbarkeit ausübte und Geldstrafen bis zu 5.000 Rubel verhängen durfte. Schwere Vergehen sollten dagegen von den Ortskommandanturen geahndet werden.¹²²

In Vorošilovgrad betrugen die monatlichen Einnahmen der Stadtverwaltung etwa 1,5 Millionen Rubel (150.000 Reichsmark).¹²³ Dieses Geld wurde auch zum Wiederaufbau und zur Wiederinbetriebnahme der kommunalen Betriebe – Elektrizitätswerk, Wasserwerk, Kanalisation und städtisches Transportsystem – verwendet. Wasserversorgung und Elektrizität wurden allerdings hauptsächlich für die deutschen Besatzer bereit gestellt, während die Zivilbevölkerung nur sehr begrenzten Zugang zu kommunalen Diensten besaß.¹²⁴ So berichtete beispielsweise eine geflohene Bewohnerin dem ukrainischen Partisanenstab im April 1942 aus dem besetzten Kramatorsk, daß die Stadt ohne Licht sei und das Wasserwerk nur alle vier Tage Wasser für die Bevölkerung bereit stelle:

»Deshalb stehen die Bewohner von morgens bis abends in der Schlange für Wasser. Diejenigen, die nicht Schlange stehen wollen, gehen vier Kilometer, um Wasser beim Dorf Belen'koe zu holen. Im Winter schmolzen sie Schnee. Sie nahmen alles Wasser aus den verdreckten Feuerwehrlöchern und benutzten es, ungeachtet dessen, daß darin tote Ratten und anderes schwammen.«¹²⁵

119 Vgl. Material zur Befragung von E. L. Tatarenko über die Situation im besetzten Kramatorsk, CDAHOU, F. 62, Op. 1, D. 1621, Bl. 187.

120 Vgl. Doneckij Vestnik, 24.10.1942.

121 Vgl. Durchführungsverordnung über die vorläufige Erhebung von Steuern und Abgaben vom 26.1.1942, NA, T-77, roll 1103.

122 Vgl. KTB der Wirtschaftsinspektion Süd vom 27. Mai 1942, NA, T-77, roll 1103.

123 Vgl. D. M. Tytarenko, *Struktura ta funkciï Vorošilovhrad's'koï mis'koï upravly (1942-1943 rr.)* [Struktur und Funktionen der Stadtverwaltung Vorošilovgrad (1942-1943)], in: *Novi Storinky Istorii Donbasu. Stati. Khyha 8* [Neue Seiten der Geschichte des Donbass. Artikel. Bd. 8], Donec'k 2000, S. 187-197.

124 Vgl. Bericht des ukrainischen Partisanenstabs zur Organisation der Macht in den besetzten Gebieten, CDAHOU, F. 62, Op. 1, D. 183, Bl. 15-26.

125 Vgl. Material zur Befragung von E. L. Tatarenko über die Situation im besetzten Kramatorsk, CDAHOU, F. 62, Op. 1, D. 1621, Bl. 186.

Die Mehrzahl der Schulen in Stalino war geschlossen worden und in den Schulen, in denen der Unterricht stattfand, nahmen daran noch nicht einmal die Hälfte der Schüler teil.¹²⁶ Dies ist wohl vor allem darauf zurückzuführen, daß die Kinder gar keine Zeit hatten, zur Schule zu gehen, weil sie – beispielsweise durch Hamsterfahrten aufs Land oder als Hilfskräfte auf den Schwarzmärkten – zur Beschaffung des Lebensunterhaltes für ihre Familien beitragen mußten. Sobald sie das 14. Lebensjahr erreichten, unterlagen Kinder gemäß einer Verordnung des Oberkommandos des Heeres vom 6. Februar 1943 zudem der allgemeinen Arbeitspflicht, die für die gesamte Zivilbevölkerung im Operationsgebiet galt.¹²⁷

Auch zu medizinischer Versorgung hatte die Masse der lokalen Bevölkerung keinen Zugang. In Stalino gab es zwar über 50 Krankenhäuser, aber die arbeiteten fast ausschließlich für die deutschen Soldaten. Die von der Stadtverwaltung festgesetzten Tarife für eine medizinische Behandlung waren so hoch, daß die Mehrzahl der Stadtbewohner sich diese nicht leisten konnte. Die medizinischen »Leistungen« der Stadtverwaltung gegenüber der Bevölkerung von Stalino sahen ganz anders aus: Im Sommer 1942 organisierte sie im Auftrag der Deutschen eine Gesundheitspolizei, deren Aufgabe es war, Sowjetbürger mit ansteckenden Krankheiten aufzuspüren. Diese Polizei brachte angeblich über 400 Kranke in ein spezielles Lager, ein Teil von ihnen wurde direkt von den Deutschen erschossen.¹²⁸ Bereits im November 1941 waren etwa 40 psychisch kranke Sowjetbürger, die sich zur Heilung in einem Krankenhaus befunden hatten, unter Mitwirkung der Stadtverwaltung umgebracht worden und ihr Eigentum von der Stadtverwaltung konfisziert worden.¹²⁹ Der Nutzen der Stadtverwaltung für die lokale Bevölkerung war so gering, daß selbst die deutschen Militärverwaltungsbehörden (im Nachhinein und in Ablenkung von ihrer eigenen zentralen Verantwortung für die Situation) konstatierten:

»Die landeseigene Verwaltung kam kaum einmal in die Lage, der ihr anvertrauten Bevölkerung eine Vergünstigung verschaffen zu können. [...] Die landeseigene Verwaltung brachte demgegenüber der Bevölkerung nur immer wieder neue Lasten, wie Gestellung von Arbeitskräften für Reich und Truppe, Beitreibung von Kriegsabgaben und Steuern, Leistung von Hand- und Spanndiensten jeder Art, Quartierleistungen usw.«¹³⁰

Insgesamt betrachtet besaßen die lokalen Selbstverwaltungen gegenüber den deutschen Besatzungsbehörden nur geringe Handlungsspielräume. Nur der Form nach landeseigene Selbstverwaltungen, hatten sie kaum Entscheidungsbefugnisse und sollten ausschließlich die Interessen der deutschen Militärverwaltung durchsetzen.¹³¹ Da-

126 Vgl. Strafsache Eichmann u. a., ASBUDO, F. 1, D. 60090, T. 6, Bl. 93.

127 Vgl. Verordnung des Oberkommandos des Heeres vom 6.2.1943, BA-MA, RW 31/420, Bl. 182-185.

128 Vgl. Strafsache Eichmann u. a., ASBUDO, F. 1, D. 60090, T. 1, Bl. 33; T. 7, Bl. 282.

129 Vgl. ebd., T. 5, Bl. 215.

130 Vgl. Abschlußbericht über die Tätigkeit der Militärverwaltung im Operationsgebiet des Ostens, NA, T-501, roll 34.

131 Vgl. ebd.

bei hing der konkrete Handlungsrahmen der einheimischen Verwaltungen im Einzelfall von dem jeweils zuständigen Militärkommando ab. Die Handlungsspielräume, die sich ergaben, wurden oftmals nicht im Interesse der Bevölkerung genutzt, sondern äußerten sich in Korruption und persönlicher Bereicherung. In Vorosilovgrad beispielsweise wurden der Bürgermeister und sein Stellvertreter »wegen Aneignung städtischer Gelder« von den Deutschen aus dem Amt entlassen.¹³² Auch in Char'kiv hatte das zuständige Militärkommando zwei Bürgermeister und ihre Stellvertreter wegen angeblichem »Amtsmißbrauch« verhaften lassen.¹³³ In anderen Fällen, wie in Stalino, deckten die deutschen Besatzungsbehörden die korrupten Praktiken der Stadtverwaltung. Auch der Bürgermeister von Stalino, Eichmann, bereicherte sich persönlich an dem von der Polizei konfiszierten Eigentum der Zivilbevölkerung sowie an dem Eigentum der umgebrachten jüdischen Bevölkerung. So berichtete ein Zeuge bei Eichmanns Prozeß, daß dieser nach der Erschießung mehrerer hundert Juden, bei der er persönlich zugegen war, gemeinsam mit Graf das zurückgebliebene Eigentum in den Wohnungen der erschossenen Juden besichtigt hätte. Einen Teil dieses Eigentums übergab Eichmann später angeblich an die deutschen Kolonisten.¹³⁴

Durch ein besonderes Ausmaß an Korruption zeichnete sich innerhalb der Stadtverwaltung Stalino zudem die Abteilung für Versorgung und Handel (Stalintorg) aus, die zum Bürgermeister und dem Leiter der Polizei sowie auch zur Militärkommandantur und zum SD (bzw. EK 6) in engem Kontakt stand. Stalintorg besaß nicht nur wertvolle Transportmittel (27 Autos und 85 Pferde), sondern zudem 63 Geschäfte, 21 Bäckereien und eine Fleischfabrik.¹³⁵ Hauptsächlich beschäftigte sich die Abteilung – nach Aussagen von Zeugen im Eichmann-Prozeß – mit dem Auftreiben von Lebensmitteln und Luxuswaren (zum Beispiel wertvollen Pelzwaren) für das deutsche Kommando und den eigenen Bedarf und organisierte für die leitenden Mitarbeiter der deutschen Besatzungsorgane ausgiebige Festgelage.¹³⁶ Dazu sagte ein Mitarbeiter von Stalintorg bei seiner Vernehmung aus:

»Die Leiter der deutschen Macht waren häufige Besucher bei Stalintorg und befrankten sich dort oft mit den Leitern von Stalintorg oder besuchten mit ihnen Restaurants. Alle Ausgaben beglichen sie über Gewinne aus Spekulationen, mit denen sich die Leitung von Stalintorg beschäftigte. Es wurden private Fahrten mit dem Auto nach Rostov oder Char'kov veranstaltet und von dort Waren mitgebracht, die sie unter sich und den Vertretern der deutschen Macht aufteilten. Um die Ausgaben zu decken, übergaben sie nicht benötigte Waren zum Verkauf an die Geschäfte, wobei sie einen Preis festlegten, der höher war als auf dem [Schwarz-] Markt.«¹³⁷

132 Vgl. Bericht des Volkskommissars für innere Angelegenheiten der Ukrainischen SSR über die Stadtverwaltung in Vorosilovgrad, CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 685, Bl. 156.

133 Vgl. Bericht des Volkskommissars für innere Angelegenheiten der Ukrainischen SSR über die Tätigkeit der Stadtverwaltung in Char'kov, CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 685, Bl. 137 f.

134 Vgl. Strafsache Eichmann u. a., ASBUDO, F. 1, D. 60090, T. 1, Bl. 258.

135 Vgl. Doneckij Vestnik, 24.10.1942.

136 Vgl. Strafsache Eichmann u. a., ASBUDO, F. 1, D. 60090, T. 1, Bl. 141, 206.

137 Vgl. ebd., T. 1, Bl. 141.

Interessanterweise wurde die persönliche Bereicherung von Eichmann und weiteren Mitarbeitern der Stadtverwaltung durch die eigene Revisionsabteilung der Stadtverwaltung aufgedeckt. Zudem stellte die Revision fest, daß die Mitarbeiter der Polizei in großem Umfang Lebensmittel erhalten hatten, es jedoch an jeglicher Buchführung darüber sowie über eingegangene Straf gelder und bei der Bevölkerung konfisziertes Eigentum fehlte. Außerdem kritisierte die Revision die Arbeit der Finanzabteilung dahingehend, daß diese große Summen als Kredite an »nicht vertrauenswürdige Personen« ausgegeben hatte. Das deutsche Kommando stellte sich in diesem Fall jedoch hinter den Bürgermeister und seine Mitarbeiter und sorgte statt dessen für die Entlassung des Leiters der Revisionsabteilung. Eichmann wurde von den deutschen Besatzungsorganen sogar mit der »Ostmedaille« für besondere Leistungen ausgezeichnet.¹³⁸ Die Reaktionen der deutschen Besatzungsbehörden auf Fälle von Selbstbereicherung und Korruption in den einheimischen Verwaltungen waren also durchaus unterschiedlich, wobei das Hauptinteresse der Besatzungsbehörden vermutlich darin bestand, daß ein ausreichend großer Teil der »Beute« an sie abgeliefert wurde.

Die Spezialisten im Steinkohlenbergbau

Im Verlauf der Okkupation gewannen der Wiederaufbau und die Ausbeutung der lokalen Kohlenbergwerke im Donbass eine immer größere Bedeutung für die deutsche Kriegswirtschaft. Ein Befehl Hitlers vom 1. Juli 1942, in dem er den schnellen Wiederaufbau der Kohlenförderung im Donezbecken als »eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Weiterführung der Operationen im Osten« anordnete, zeugt von der kriegsentscheidenden Bedeutung, die dem Donezbergbau nun beigemessen wurde.¹³⁹

Mit der Verwaltung und Ausbeutung des Steinkohlenbergbaus war zunächst der Wirtschaftsstab Ost, bzw. die ihm unterstellte Wirtschaftsinspektion Süd betraut worden. Im März 1942 übernahm dann die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost (BHO) die Steinkohlengruben im Donezbecken. Die BHO war im August 1941 von Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums, der Reichsgruppe Handel und den Wirtschaftsgruppen Bergbau und eisenschaffende Industrie gegründet worden. Sie besaß in den besetzten sowjetischen Gebieten das alleinige Recht zur Betreibung und Nutzung der Werksanlagen des Kohle- und Erzbergbaus sowie der eisenschaffenden und eisenverarbeitenden Industrie. Die Organe der Gesellschaft – Geschäftsführer, Verwaltungsrat und Gesellschafterversammlung – unterstanden der Aufsicht des Reichswirtschaftsministers. Zum Leiter der BHO hatte Hermann Göring den Generaldirektor der Reichswerke AG und Vorsitzenden des Präsidiums der Reichsvereinigung Kohle, Paul Pleiger, ernannt.¹⁴⁰

138 Vgl. ebd., T. 6, Bl. 44-54; T. 7, Bl. 294.

139 In den Akten finden sich mindestens zwei Varianten des Befehls, die erste datiert auf den 28. Juni 1942, die zweite auf den 1. Juli 1942. Der Wortlaut ist in einigen Punkten leicht abweichend. Vgl. für Variante 1: BA-MA, RW 31/976; für Variante 2: BA-MA, RH 22/92.

140 Vgl. zur wirtschaftlichen Ausbeutung des Donezbeckens unter der deutschen Besatzung M. Riedel, Bergbau und Eisenhüttenindustrie in der Ukraine unter deutscher Besatzung (1941-

Durch die massiven Zerstörungen der Roten Armee war beim Einmarsch der deutschen Truppen keine einzige Grube betriebsbereit. Das gleiche galt auch für die Kraftwerke, die den Bergbau mit Strom versorgten. Wichtige Maschinen waren zerstört oder abgebaut, zahlreiche qualifizierte Fachkräfte waren evakuiert worden.¹⁴¹ Trotz massiver Probleme, wie der anfänglich unzureichenden Energieversorgung, der schlechten Transportlage und (seit Sommer 1942) dem wachsenden Mangel an Arbeitskräften, konnte insgesamt im Besatzungszeitraum eine beachtliche Wiederaufbauleistung und Steigerung der Kohlenförderung erreicht werden. Auf ihrem Höchststand im Juli 1943 erreichte die Tagesförderung über 15.000 Tonnen. Dennoch machte die Gesamtförderung von 4,071 Millionen Tonnen im Besatzungszeitraum nur fünf Prozent der jährlichen sowjetischen Vorkriegsförderung aus. Dagegen beliefen sich die Steinkohlenlieferungen in die besetzten sowjetischen Gebiete von 1941 bis Ende August 1943 auf 17,48 Millionen Tonnen.¹⁴² Gemessen an den massiven Zerstörungen der Bergwerke scheint die Wiederaufbau- und Förderleistung unter der Besatzung dennoch nicht gering zu sein. Dies verdeutlicht der Vergleich zu den Bergbaugebieten im östlichen Donezbecken, die erst im Zuge der Sommeroffensive 1942 von der deutschen Armee erobert worden waren. Ein Großteil der Bergbaubetriebe in diesen Gebieten war bereits im Oktober 1941 von der Roten Armee planmäßig zerstört, dann aber unter Einsatz von 75.000 Arbeitskräften behelfsmäßig wieder in Gang gesetzt worden. Die Förderleistung pro Arbeitskraft lag dort im April 1942 nicht wesentlich höher als in den Gebieten unter deutscher Herrschaft, und im Frühjahr des folgenden Jahres wurde das sowjetische Ergebnis bereits eingeholt und sogar deutlich übertroffen.¹⁴³

Beim Wiederaufbau und Betrieb der Bergwerke wurden zu Höchstzeiten etwa 88.000 einheimische Zivilarbeiter eingesetzt sowie kurzzeitig etwa 21.000 sowjetische Kriegsgefangene.¹⁴⁴ Außerdem brachte die BHO etwa 1.800 deutsche Fachkräfte in

1944), in: VfZ 21 (1973), S. 245-284; Ders., Eisen und Kohle für das Reich. Paul Pleigers Stellung in der NS-Wirtschaft, Göttingen u. a. 1978, S. 310-337; D. Eichholtz, Wirtschaftspolitik und Strategie des faschistischen deutschen Imperialismus im Dnepr-Donetz-Industriegebiet 1941-1943, in: Militärgeschichte 18 (1979), S. 281-296; Ders., Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. II: 1941-1943, Berlin 1985, S. 460-477.

141 Vgl. dazu den Bericht des Sonderbeauftragten für Bergbau vom 1. Dezember 1941, BA-MA, RW 31/409.

142 Vgl. Statistik der Gruppe Bergbau der Wirtschaftsinspektion Süd, BA-MA, RW 31/441, Bl. 6; Riedel, Bergbau und Eisenhüttenindustrie (wie Anm. 140), S. 278 f.

143 Vgl. dazu den Bericht über die Arbeitsergebnisse des Steinkohlenbergbaus im Gebiet Vorosilovgrad für April 1942, CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 165, Bl. 46-52. Dies widerlegt die Einschätzung von Dietrich Eichholtz, der in Anlehnung an die sowjetische Historiographie davon ausgeht, daß die großen Anstrengungen der Deutschen beim Wiederaufbau der Steinkohlenbergwerke maßgeblich am Widerstand der sowjetischen Bevölkerung scheiterten: »Die sowjetische Bevölkerung lieferte den deutschen Eindringlingen einen täglichen Kampf um jede Tonne Kohle und um jedes Kilogramm Metall.« Vgl. Eichholtz, Geschichte (wie Anm. 140), Bd. II, S. 469.

144 Vgl. Lageberichte der Wirtschaftsinspektion Süd von März 1942 bis August 1943, BA-MA, RW 31/418, 421, 423, 424, 426, 431, 432, 433, 434, 437, 439, 477.

den Donbass, ein großer Teil von ihnen kam aus dem Ruhrbergbau.¹⁴⁵ Neben den deutschen Spezialisten arbeiteten in den Bergwerken und in der Verwaltung der Bergbaugruppen zahlreiche sowjetische Bergbauingenieure und Techniker, von denen nach Angaben der BHO ein größerer Teil zurückgeblieben war und »die sich im allgemeinen bereitwillig zur Verfügung stellten.«¹⁴⁶ In den Direktionen gab es parallel zum deutschen Leitungsapparat einen Apparat mit einheimischen Fachkräften, dem operative und Produktionsfunktionen sowie auch Angelegenheiten der technischen Führung, Statistik und Buchführung unterstanden. Der russische Apparat führte seine Arbeit unter unmittelbarer Kontrolle des deutschen Apparates durch.¹⁴⁷

Die sowjetischen Ingenieure genossen bei den deutschen Unternehmern allgemein einen guten Ruf. So heißt es in einem Reisebericht einiger führender deutscher Wirtschaftsmanager (darunter Paul Pleiger und Alfred Krupp von Bohlen und Halbach) ins Donezbecken im August 1942:

»Ebenso wird die Leistung der russischen Ingenieure und Wissenschaftler seitens der deutschen Betriebsleiter außerordentlich gut beurteilt, da nach ihrer Ansicht der russische Techniker und Wissenschaftler neben einer guten geistigen Grundveranlagung eine recht gute Ausbildung genossen hat. So werden von einigen Herren die russischen Ingenieure besser als die deutschen beurteilt. Dies hat zwangsläufig dazu geführt, daß sich die Betriebsleiter veranlasst gesehen haben, sogar Deutsche besonders qualifizierten Russen zu unterstellen.«¹⁴⁸

Die Tatsache, daß zahlreiche führende Bergbauingenieure mit den Deutschen zusammenarbeiteten war ein entscheidender Faktor für den Erfolg der deutschen Ausbeutungspolitik, wie das NKGB im Gebiet Stalino nach der Befreiung des Donbass im November 1943 in einem geheimen Bericht an den ZK-Sekretär der KP/b/U Chruščev feststellte. Darin hieß es:

»Seit Gründung dieser Gesellschaft [BHO, T. P.] boten eine Reihe von Spezialisten, die gegenüber der Sowjeth Heimat verräterisch und feindlich eingestellt waren und nicht ins Hinterland evakuiert werden wollten, den faschistischen Eindringlingen freiwillig ihre Dienste an beim aktiven Wiederaufbau der Kohlenbergwerke und anderer Industriezweige des Beckens. Im Resultat gelang es den Deutschen die Bergwerke und Fabriken wieder aufzubauen und ungefähr 2,5 Mio Tonnen Kohle, die sich in den Lagern befanden, abzutransportieren sowie unter- und überirdische Pläne und andere Dokumentationen, die die Bodenschätze und Reichtümer des Donbass charakterisieren, aufzutreiben.«¹⁴⁹

145 Vgl. Arbeitsbericht der BHO für das Jahr 1942, BA, R 3101/34174, Bl. 155-158.

146 Arbeitsbericht der BHO für die erste Verwaltungsratssitzung im Dezember 1941, BA, R 3101/34174, Bl. 51.

147 Lohnlisten und Anordnungen der Direktion 3 der BHO, DADO, F. R-1611, Op. 1, D. 24, Bl. 111.

148 Nürnberger-Industrieprozesse, Krupp-Prozeß, Dokument NIK-3892, Bl. 4.

149 Bericht des Leiters des NKGB im Gebiet Stalino vom 2.11.1943 über die Mitarbeiter der BHO, CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 3839, Bl. 270b.

Der Bericht erwähnte 22 Spezialisten, zum größten Teil Bergbauingenieure und Markscheider, die die Deutschen aktiv beim Wiederaufbau der Bergwerke unterstützten. Der größte Teil von ihnen wurde in Prozessen vor sowjetischen Militärtribunalen verurteilt. Die Gesamtzahl der verurteilten sowjetischen Bergbauspezialisten konnte bisher – aufgrund der schweren Zugänglichkeit des KGB-Materials – nicht ermittelt werden. Der vorliegenden Untersuchung liegen Prozeßakten gegen neun Ingenieure und Techniker zugrunde, die in den Jahren 1943-1945 vom Militärtribunal der NKVD-Truppen im Gebiet Donec'k verurteilt wurden.¹⁵⁰ Aussagen von Zeitzeugen lassen darauf schließen, daß bedeutend mehr Spezialisten, als die 22 in dem NKVD-Bericht genannten, verurteilt wurden. Vor Kriegsbeginn arbeiteten im Steinkohlenbergbau des Donbass etwa 1.600 Ingenieure und 2.200 Techniker.¹⁵¹ Unter der Besatzung waren (im Juli 1943) 2.165 technische Angestellte im Donezbergbau beschäftigt.¹⁵²

Von den verurteilten neun Spezialisten waren fünf Bergbauingenieure und Markscheider mit höherer Bildung, vier waren Techniker mit niedriger und mittlerer Bildung. Die Anklagepunkte waren: Bewußtes Umgehen der Evakuierung, freiwilliges Andienen bei den deutschen Besatzungsbehörden, feindliche Haltung gegenüber der Sowjetmacht («anti-sowjetische Persönlichkeit»), aktives Vorantreiben der Wiederaufbauarbeiten, Registrieren und Rekrutieren der Arbeitskräfte und des technischen Personals, Zusammenstellen und Übergabe von geheimen Markscheider-Daten an die Deutschen (topographische Karten, strategische Punkte, Untertage-Pläne von Bergwerken), Bereitstellen von Markscheider-Instrumenten, Erkundung und Untersuchung der zerstörten Bergwerke im Hinblick auf Wiederaufbaumöglichkeiten, politische Agitation zugunsten der Deutschen und gegen die Sowjetmacht (zum Teil auch in der Besatzungspresse), Ausliefern von Kommunisten an die Besatzungsbehörden, Spionagetätigkeit für die Deutschen, persönliche Bereicherung als Pächter von Kleinschächten, grober Umgang mit den Arbeitskräften (Schläge), Leitung von Zerstörungsarbeiten beim Rückzug der Deutschen.¹⁵³

Die Ingenieure und Techniker untersuchten die zerstörten Gruben und gaben Empfehlungen, welche Bergwerke zuerst wieder aufgebaut werden sollten. Sie versorgten die Deutschen mit Markscheider-Daten, ohne deren Kenntnis der Wiederaufbau der Bergwerke in vielen Fällen unmöglich gewesen wäre. Der vom NKVD festgenommene Markscheider Petrušin sagte bei der Vernehmung aus:

150 Vgl. Strafsache Šerstjukov u. a., ASBUDO, F. 1, D. 26612 (T. 1-2); Strafsache Bessonov u. a., ebd., D. 42341; Strafsache Veličaj, ebd., D. 66345; Strafsache Eichmann u. a., ebd., D. 60090 (T. 1-7); Strafsache Lachtin, ebd., F. 2, D. 1339.

151 L. N. Jasnopol'skij, Kamennougol'naja promyšlennost' Doneckogo bassejna, tom 1 [Der Steinkohlenbergbau im Donezbecken, Bd. 1], Kiev 1956, S. 179-183.

152 Vgl. Statistik der Gruppe Bergbau der Wirtschaftsinspektion Süd, BA-MA, RW 31/441, Bl. 8.

153 Vgl. Strafsachen Šerstjukov, Bessonov, Veličaj, Lachtin u. a., ASBUDO, F. 1, D. 26612; D. 42341; D. 66345; F. 2, D. 1339; Bericht des Leiters des NKGB im Gebiet Stalino vom 2. November 1943 über die Mitarbeiter der BHO, CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 3839, Bl. 27-410b.

»Den deutschen Behörden gelang es, fast alle Bergwerke des Trusts¹⁵⁴ ‚Čistjakovan-tracit« wieder aufzubauen, weil viele zurückgebliebene sowjetische Ingenieure den deutschen Besatzern die grundlegende technische Unterstützung leisteten, die vor allem auf den schnellen Wiederaufbau und die Inbetriebnahme der Bergwerke zielte.«¹⁵⁵

Außerdem organisierten einige der Ingenieure mit höherer Ausbildung die Rekrutierung der Arbeitskräfte. Sie übergaben der Polizei Listen mit den Arbeitskräften der einzelnen Gruben, die diese dann – wenn erforderlich mit Gewalt – zur Arbeit einzog. In einzelnen Fällen erstellten sie auch Listen von »schlechten Arbeitskräften« oder von Arbeitslosen, die dann ins Reich verschleppt wurden, und sie beteiligten sich an der »Aussonderung von Juden und Kommunisten«. Juden durften nicht als Arbeitskräfte in die Belegschaften aufgenommen werden, bzw. nur mit Sondererlaubnis des deutschen Kommandos. Derartige Ausnahmen wurden nur in wenigen Einzelfällen gemacht.¹⁵⁶ Kommunisten wurden zunächst in die Belegschaften aufgenommen, im Frühjahr 1942 jedoch zumindest unter den technischen Fachkräften – mithilfe von Angaben der leitenden Ingenieure – entlassen. In vielen Fällen bedeutete dies für die Parteimitglieder die Einweisung in ein Lager, Folter und Hinrichtung durch die Organe der Sicherheitspolizei und des SD.¹⁵⁷

Zum Teil wurden die leitenden Ingenieure mit weitreichenden Vollmachten ausgestattet. Sie waren berechtigt, die Ingenieure, technischen Mitarbeiter und Arbeiter einzustellen und zu entlassen und durften in Einzelfällen sogar Schusswaffen tragen.¹⁵⁸ In einigen Fällen wandten sie gegenüber den Arbeitern ein hartes Strafsystem mit Prügelstrafen und Lebensmittelentzug bei Arbeitsverweigerung an – manchmal sogar auf eigene Initiative, ohne Anweisung des deutschen Bergwerksdirektors. So heißt es in der (auf Zeugenaussagen basierenden) Anklageschrift gegen den Bergbau-Ingenieur Sergej Bessonov:

»Indem er unter den Arbeitern die grausamste Disziplin mithilfe des Stockes einführte, erreichte Bessonov ein normales Arbeiten der Grube. [...] Gegenüber den Arbeitern, die die Arbeit verweigerten oder Sabotage im Hinblick auf die Erfüllung der Forderungen der Deutschen begingen, wandte Bessonov strenge Strafmaßnahmen an wie Verprügeln und Entzug der Lebensmittel. Er zwang Ausgehungerte zu arbeiten.«¹⁵⁹

Bessonov selbst gab dazu bei seiner Vernehmung an, daß er die Bestrafungen für Verletzungen des Arbeitsregimes im Auftrag des deutschen Bergwerksdirektors vornahm.

154 Die Bergwerke im Donezbecken waren in 25 Trusts zusammengeschlossen, die wiederum zu drei großen Kombinatn gehörten.

155 Bericht des Leiters des NKGB im Gebiet Stalino vom 2.II.1943 über die Mitarbeiter der BHO, CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 3839, Bl. 39.

156 Vgl. Strafsache Šerstjukov u. a., ASBUDO, F. 1, D. 26612, T. 1, Bl. 259.

157 Vgl. Strafsache Eichmann u. a., ASBUDO, F. 1, D. 60090, T. 3, Bl. 53 ff.

158 Vgl. Strafsache Šerstjukov u. a., ASBUDO, F. 1, D. 26612, T. 2, Bl. 375-454.

159 Strafsache Bessonov u. a., ASBUDO, F. 1, D. 42341, Bl. 3.

Die Deutschen hatten in der Grube ein Bestrafungssystem eingeführt, das aus der teilweisen Einbehaltung des Lohnes sowie der Lebensmittel bestand. Dieses System wurde nicht nur gegenüber Leuten, die die Arbeitsnorm nicht erfüllten, angewandt, sondern auch gegen Arbeiter, die das von den Deutschen aufgestellte Regime verletzten. Beispielsweise für einen Tag Fernbleiben von der Arbeit wurden dem Arbeiter für bis zu drei Tage die Nahrungsmittel entzogen. Bessonov räumte allerdings ein, daß er manchmal auch selbständig, ohne Wissen des deutschen Gruben-Kommandanten, die Arbeiter bestrafte und ihnen – zur persönlichen Bereicherung – die Lebensmittelration entzog.¹⁶⁰ Ähnliche Anklagen lagen auch in mehreren anderen Fällen vor.¹⁶¹ Offenbar wehrten sich die Arbeiter auch hier durch Beschwerden über die verhassten Aufseher beim deutschen Kommando.¹⁶²

Leitende Mitarbeiter der BHO sowie Mitglieder der Stadtverwaltung konnten auch Pächter von Kleinschächten werden. Der Pächter erhielt eine Gruppe von Schächten zusammen mit dem gesamten Eigentum und der Ausstattung, die er in tadellosem Zustand zurückgeben mußte. Er war gegenüber der BHO zu einem Rechenschaftsbericht verpflichtet. Die geförderte Kohle durfte der Pächter nur mit Wissen der BHO verkaufen, gemäß dem festgesetzten Preis. Der Lohn der Arbeiter und Angestellten sollte in gleicher Höhe liegen, wie in den nicht verpachteten Betrieben. Für jede geförderte Tonne Kohle war der Pächter verpflichtet an die Abteilung eine bestimmte Summe, die im Vertrag festgelegt wurde, zu zahlen. In der Regel war es so, daß 50 Prozent des Gewinns als Pachtsumme bezahlt werden mußten und 50 Prozent dem Pächter blieben. In den verpachteten Kleingruben arbeiteten bis zu 400 Arbeiter. Die Arbeitsbedingungen unterschieden sich nicht von denen der Arbeiter in den Kohlegruben der BHO.¹⁶³ Als besondere Prämien erhielten einzelne leitende Ingenieure von den Deutschen auch Land zur privaten Nutzung oder andere Versorgungsbetriebe zur Pacht (Getreide- und Ölmühlen).¹⁶⁴ Oder sie durften die Arbeit von Kriegsgefangenen kostenlos für den Bau des Eigenheims nutzen.¹⁶⁵ Ukrainische Bergbau-Ingenieure wurden auch als Aufseher für sowjetische Kriegsgefangene im oberschlesischen Bergbau eingesetzt.¹⁶⁶

Von 27 Bergbau-Spezialisten, über die Angaben vorliegen, waren zwei Drittel ethnische Russen, der Rest zum größten Teil Ukrainer. Das Durchschnittsalter lag bei 43 Jahren. Die soziale Herkunft war sehr unterschiedlich: von Bauern und Arbeitern bis hin zu Angestellten, Lehrern, Geistlichen und Adeligen. Zwei Drittel waren im Donbass geboren worden, der Rest kam überwiegend aus anderen Orten der Ukraine.

160 Vgl. Strafsache Bessonov u. a., ASBUDO, F. I, D. 42341, Bl. 13, 18.

161 Vgl. Strafsachen Veličaj und Bessonov u. a., ASBUDO, F. I, D. 66345; D. 42341.

162 Vgl. den Beschwerdebrief von vier Arbeitern des Bergwerks Nr. 11 »Smoljanka« über den einheimischen Bergwerksdirektor an den »Leiter der Gestapo«, DADO, F. R-1611, Op. I, D. 22, Bl. 118 f.

163 Vgl. Strafsache Šerstjukov u. a., ASBUDO, F. I, D. 26612, Tom 1, Bl. 231-276.

164 Vgl. Strafsache Šerstjukov u. a., ASBUDO, F. I, D. 26612, Tom 2, Bl. 375-388.

165 Vgl. Strafsache Bessonov u. a., ASBUDO, F. I, D. 42341, Bl. 3-13.

166 Vgl. Staatsarchiv Kattowitz, Außenstelle Pless, Fürstengrube 74, Bl. 63.

Fast alle waren nie Mitglieder der kommunistischen Partei gewesen. Nur ein kleiner Teil der Spezialisten war im Sowjetstaat bereits einmal repressiert worden, häufig unter dem Vorwurf der »Industrie-Sabotage«. ¹⁶⁷

Nicht alle Spezialisten kooperierten mit den deutschen Besatzungsbehörden. Es gab auch Fälle, in denen Ingenieure, die in leitender Position für die Deutschen arbeiteten, tatsächlich als Agenten für das NKVD oder Partisaneneinheiten tätig waren. ¹⁶⁸

Die Motivation der Spezialisten für die Zusammenarbeit mit den Deutschen konnte im Einzelfall sehr unterschiedlich sein. Rein existentielle Gründe, manchmal gepaart mit dem Bestreben nach Selbstbereicherung, erscheinen plausibel. Unter der »selektiven Hungerpolitik« der deutschen Besatzungsbehörden war die »Arbeit für den Feind« nahezu die einzige Möglichkeit der minimalen Existenzsicherung für die Zivilbevölkerung. Vor diesem Hintergrund war »Kollaboration« eine Überlebensstrategie. Dabei ging es jedoch weniger um die ausgezahlten Löhne als um die kleinen Lebensmittelzuteilungen zu Festpreisen. Die Löhne der Bergleute und Ingenieure unter der Besatzung orientierten sich an den sowjetischen Vorkriegstarifen und lagen bei den Ingenieuren zwischen 700 und 1.200 Rubel und bei den Bergleuten im Durchschnitt (einschließlich der ausgegebenen Naturalien) bei 347 Rubel (35 Reichsmark), wovon noch zehn Prozent Lohnsteuern abgingen. ¹⁶⁹ Die Preise für Lebensmittel auf dem Schwarzmarkt waren unter der Besatzung ins Uferlose gestiegen und standen in keinem Verhältnis mehr zu den Reallöhnen: Ein Kilo Brot kostete dort 75 Rubel und ein Kilo Butter bis zu 1.000 Rubel. ¹⁷⁰ Die Spezialisten hatten natürlich bessere Möglichkeiten als die einfachen Bergleute, ihre Lebensmittelrationen zu vergrößern, indem sie sie den Arbeitern entzogen oder von den Deutschen Prämien für besonders gute Arbeit erhielten. Zudem konnten sie ihre Einnahmen als Pächter von Kleinbergwerken vergrößern.

Ein weiterer Faktor, der möglicherweise für einige der Spezialisten von Bedeutung gewesen ist, war das, was in den Prozeßakten als »anti-sowjetische Haltung« bezeichnet wird. Diese Haltung ist vermutlich vor allem auf die Repressionserfahrung der gesamten Berufsgruppe in den 1920er und 1930er Jahren zurückzuführen. Bereits in den 1920er Jahren hatte die Sowjetmacht einen »Generalangriff« auf die sogenannten »bourgeoisien Spezialisten« gestartet. In zahlreichen Schauprozessen waren leitende Ingenieure unter dem vorgeschobenen Vorwurf der »Wirtschaftsspionage« oder der

167 Vgl. Strafsachen Šerstjukov, Bessonov, Veličaj, Lachtin u. a. ASBUDO, F. 1, D. 26612; D. 42341; D. 66345; F. 2, D. 1339; Bericht des Leiters des NKGB im Gebiet Stalino vom 2.11.1943 über die Mitarbeiter der BHO, CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 3839, Bl. 27-41.

168 Vgl. z. B. die Memoiren von A. Pronjakina, *My pomnim...*, Doneck 2001.

169 Zum Vergleich: Vor Kriegsbeginn 1941 betrug der durchschnittliche Lohn eines sowjetischen Industriearbeiters 361 Rubel, der eines Ingenieurs oder Technikers 756 Rubel. Vgl. Lohnlisten des Sonderbeauftragten für Bergbau der Wirtschaftsinspektion Süd, DADO, F. R-1622, Op. 1, D. 1, Bl. 24-26; Wirtschaftsstab Ost / Chefgruppe W / Gruppe VI Statistik zur Lohn- und Preisentwicklung in den besetzten Ostgebieten vom 3. Juli 1942, BA-MA, RW 31/262.

170 Vgl. Doneckij Vestnik, 8. August 1943; Wirtschaftsstab Ost / Chefgruppe W / Gruppe VI Statistik zur Lohn- und Preisentwicklung in den besetzten Ostgebieten vom 3. Juli 1942, BA-MA, RW 31/262.

»konterrevolutionären Tätigkeit« zu langen Gefängnis- und Lagerstrafen verurteilt worden. Der »Schachty-Prozeß«, der 1928 im Donbass-Bergbau stattfand, ist der bekannteste dieser Schauprozesse. Wenig später setzte der Beginn der Stachanov-Bewegung in der Mitte der 1930er Jahre den Beginn für eine neue Welle der Feindschaft gegenüber den Ingenieuren, die ihren Höhepunkt im Großen Terror der Jahre 1937/38 fand.¹⁷¹ Im Zeitraum zwischen 1933 und 1936 wurden 1.522 Manager und Ingenieure des Donezbergbaus wegen Verstößen gegen die Sicherheitsbestimmungen zu Gefängnis und Zwangsarbeit verurteilt.¹⁷² Während des Großen Terrors wurde nahezu das gesamte Management des Steinkohlenbergbaus im Donezbecken repressiert: Von 483 Bergwerksdirektoren im sowjetischen Steinkohlenbergbau erhielten 478 diese Position erst in den Jahren 1937-1939. Alle 184 Direktoren von Bergwerkskombinaten und Trusts traten ihr Amt erst während des Großen Terrors an. Selbst von den 1.782 Leitern einzelner Bergbaubezirke (načalniki učastok) im sowjetischen Kohlenbergbau besetzten 1.683 diese Stellung erst seit 1937-1939.¹⁷³ In der regionalen Tageszeitung »Socialističeskij Donbass« erschienen 1938 fast täglich Berichte über Schauprozesse gegen Manager des Bergbaus.¹⁷⁴ Die Verurteilung zu Haftstrafen und Zwangsarbeit gehörte in den 1930er Jahren für Manager und Ingenieure zum ganz normalen Berufsrisiko.¹⁷⁵ Die als »Vaterlandsverräter« und »Helfershelfer« verurteilten 27 Ingenieure und Techniker (zu denen Angaben vorliegen) gehörten allerdings zum überwiegenden Teil nicht zu den »Verlierern« der »Großen Säuberungen«, da nur ein sehr kleiner Teil von ihnen in den 1930er Jahren selbst repressiert worden war. Dennoch scheint es vorstellbar, daß auch diejenigen, die selbst nicht unmittelbar von Repressionen betroffen waren, diese aber bei ihren Berufskollegen beobachteten und dadurch ebenfalls am Arbeitsplatz unter sehr großem Druck standen, eine starke Abneigung gegen das Sowjetsystem entwickelten. Die Tatsache, daß einzelne Ingenieure unter der Besatzung ihre Position dazu nutzten, die Arbeiter zusätzlich zu quälen und zu demütigen erklärt sich möglicherweise ebenfalls aus spezifischen Erfahrungen aus dem sowjetischen Arbeitsalltag der 1930er Jahre, insbesondere seit Beginn der Stachanov-Bewegung (1935-1938). Mit der Stachanov-Bewegung erfuhren die Arbeitsbeziehungen zwischen Arbeitern und Ingenieuren eine »Umkehr der Hierarchien«: Das gesamte technische Personal mußte nun den Arbeitern dienen, sich deren Wünschen unterordnen und degradierte somit zum »Handlanger der Stachanovisten«, wie die Sowjetpropaganda forderte, die erneut – wie bereits während der Kulturrevolution Ende der 1920er Jahre – ein Bild vom Ingenieur als potentiellm Feind und Widersacher des Arbeiters entwarf. Die mit der Stachanov-Bewegung einsetzende neue Feindseligkeit gegenüber den Ingenieuren mündete in den Großen Terror der Jahre

171 Für einen kulturgeschichtlichen Zugang zur Geschichte der sowjetischen Ingenieure vgl. S. Schattenberg, *Stalins Ingenieure. Lebenswelten zwischen Technik und Terror in den 1930er Jahren*, München 2002.

172 Kuromiya, *Freedom and Terror* (wie Anm. 4), S. 213.

173 Vgl. dazu die Kader-Statistik des sowjetischen Kohleministeriums, RGAE, F. 8225, Op. 1, D. 7128, Bl. 12-15, 42-59.

174 Vgl. *Socialističeskij Donbass 1937-1938*.

175 Vgl. Schattenberg, *Stalins Ingenieure* (wie Anm. 171).

1937/38.¹⁷⁶ Vor diesem Hintergrund könnte die Besatzungszeit wie eine erneute »Umkehr der Hierarchien« und das Verhalten einiger Ingenieure fast wie eine Art »Rache« an den Arbeitern für vormals erlittene Demütigungen anmuten.

Hinzu kam ein weiterer Aspekt, der zumindest für einige der Spezialisten von Bedeutung gewesen zu sein scheint: die Enttäuschung über die sozialistischen Produktionsmethoden und der Glaube an das hohe Innovations- und Modernisierungspotential der Deutschen. Diese Haltung spiegelt sich in einigen Artikeln von sowjetischen Bergbau-Ingenieuren in der Besatzungspresse wider. In diesen Artikeln kritisierten sie die totale Zerstörung der Bergwerke im Donbass durch die Rote Armee vor der Besetzung durch die Deutschen sowie die niedrigen Löhne und die extrem niedrige Arbeitsproduktivität der Vorkriegszeit, das »Sklavenarbeits-System« der Stachanov-Bewegung, und das Scheitern der sowjetischen Wirtschaftspolitik im Hinblick auf die Entwicklung des Donbass. Auf der anderen Seite priesen sie die hohe Arbeitsproduktivität, modernste Technik und neue Methoden der Arbeitsorganisation in Deutschland.¹⁷⁷ So schrieb beispielsweise der angesehene Ingenieur und Wissenschaftler Boris Šerstjukov im Februar 1942 im »Doneckij Vestnik«:

»Die geplante Entwicklung des Donbass nach dem Krieg übersteigt Stalins Fünfjahrespläne bei weitem. Die Kohleförderung soll um mindestens 50 % gesteigert werden. [...] Als Garantie dafür, daß der Donbass wiedergeboren und erblühen wird, können wir die große Aufmerksamkeit ansehen, die das deutsche Kommando und die besten deutschen Spezialisten ihm zukommen lassen.«¹⁷⁸

Die Besatzungspresse stand natürlich unter der strengen Kontrolle und Zensur der zuständigen deutschen Propagandastaffel. Andererseits waren die Ingenieure (soweit die Quellen erkennen lassen) nicht verpflichtet, dort Artikel mit propagandistischem Inhalt zu publizieren. Dafür waren die Redaktionen zuständig. Taten einige Ingenieure dies trotzdem, so liegt die Vermutung nahe, daß sie sich entweder in besonderem Maße bei den deutschen Besatzungsbehörden »andienen« wollten, oder die Inhalte der Artikel tatsächlich ihren Überzeugungen entsprachen. Im Falle Šerstjukovs war die Veröffentlichung des oben zitierten Artikels einer von mehreren zentralen Anklagepunkten bei seinem Strafprozeß.¹⁷⁹

Die Beobachtung, daß Teile der Bevölkerung – zumindest zu Beginn der Okkupation – an die technische Überlegenheit und das Organisationstalent der Deutschen glaubten, wird von den Besatzungsbehörden ebenfalls erwähnt.¹⁸⁰ Letztlich basierte diese Vorstellung auf der sowjetischen Propaganda, die zur Mobilisierung der Bevölkerung für die Industrialisierung in den 1930er Jahren das Vorbild (und zugleich abschreckende Beispiel) des westlichen Auslands, insbesondere Amerikas, beschworen

176 Vgl. dazu ebd., S. 339 ff.

177 Doneckij Vestnik, 18.12.1941; 12.2.1942; 26.5.1943.

178 Doneckij Vestnik, 12.2.1942.

179 Vgl. Strafsache Šerstjukov u. a., ASBUDO, F. 1, D. 26612, T. 1.

180 Vgl. z. B. Stimmungsbericht des Technischen Überwachungskommandos im Gebiet der Bergbaudirektion 4, BA-MA, RW 31/656.

hatte, während die Sowjetunion zugleich in großer Zahl moderne Technik und Spezialisten im Ausland, vor allem in den USA und in Deutschland einkaufte.¹⁸¹ Deutsche Spezialisten und Arbeiter, die in den 1930er Jahren als Arbeitsmigranten in den Donbass kamen, stellten für einige der sowjetischen Fachleute den ersten näheren Kontakt zu westlichen Ausländern dar. Es waren vor allem drei Gruppen von Ausländern, die in den 1930er Jahren zur Arbeit in die Sowjetunion kamen: politische Flüchtlinge, die in den Osten geflohen waren, hochqualifizierte Fachleute, die im Auftrag ihrer deutschen Firmen in der Sowjetunion tätig waren und Arbeitsmigranten, die dadurch der Arbeitslosigkeit zuhause zu entkommen suchten.¹⁸² Es liegt nahe, daß das positive Bild, das einige der sowjetischen Spezialisten von ihren deutschen Kollegen besaßen, auch durch diesen Kontakt in den 1930er Jahren geformt worden ist. Und so glaubten zu Beginn der Besetzung zumindestens einige, daß sie »etwas von den deutschen Spezialisten lernen konnten«,¹⁸³ wie Šerstjukov in seinem Artikel schrieb. Mit den Realitäten der Besetzungsherrschaft hatte dies allerdings nicht viel zu tun: Häufig waren es gerade nicht die Kompetentesten, die als Spezialisten in die besetzten Ostgebiete gingen, wo sie sich einen rasanten Aufstieg erträumten.¹⁸⁴ Auch für den Bergbau schien dies zuzutreffen: »Unter den deutschen Sonderführern hier sind wenige geeignete Exemplare«,¹⁸⁵ stellte der Bergassessor Wilhelm Berkenkamp, der von Juli 1942 bis September 1943 für die BHO eine Bergbau-Direktion im Donezbecken leitete, in einem Brief in die Heimat fest. Und die Wirtschaftsinspektion Süd konstatierte im Januar 1943 über die Mitarbeiter der Ostgesellschaften, daß »ein erheblicher Teil der eingesetzten Fachkräfte charakterlich den Anforderungen an einen Arbeitspionier in keiner Weise entspricht«.¹⁸⁶

Zusammenfassung

Die Gesellschaft im Donbass unter der Besetzung war keine Solidargemeinschaft, wie sie von der Sowjethistoriographie später in Mythen wie dem vom allgemeinen Volkswiderstand beschworen wurde, sondern eine Gesellschaft, die in hohem Maße durch die alltägliche Erfahrung staatlichen Terrors und Gewalt geprägt worden war. In der

181 Vgl. dazu: K. Schlögel, Rußlands amerikanischer Traum, in: Ders., Go East oder Die zweite Entdeckung des Ostens, Berlin 1995, S. 185-200 sowie Schattenberg, Stalins Ingenieure (wie Anm. 171), S. 253 ff.

182 Auch im Donezbergbau war in den 1930er Jahren eine (wenn auch vergleichsweise kleine Zahl) deutscher Arbeiter und Spezialisten beschäftigt. Vgl. dazu den Bericht über »Die Arbeit der ausländischen Bergarbeiter auf den Schächten im Donbass«, GARE, F. 5451, Op. 39, D. 21, Bl. 5-23. Zu Einzelschicksalen mehrerer hundert Arbeits- und Politemigranten aus dem Ruhrgebiet vgl. W. Mensing, Von der Ruhr in den GULag. Opfer des Stalinschen Massenterrors aus dem Ruhrgebiet, Essen 2001.

183 Doneckij Vestnik, 12.2.1942.

184 Vgl. dazu auch B. Chiari, Alltag hinter der Front. Besetzung, Kollaboration und Widerstand in Weißrußland 1941-1944, Düsseldorf 1998, S. 59 ff.

185 Bergbauarchiv Bochum, 55/ 2579.

186 Vgl. KTB der Wirtschaftsinspektion Süd vom 21.1.1943, NA, T-77, roll 1104.

Besatzungssituation und angesichts des durch diese herbeigeführten allgemeinen Kampfes um knappe Ressourcen und um das eigene Überleben, traten die starken gesellschaftlichen Gegensätze, die unter der Sowjetherrschaft entstanden waren, offen zutage. Sie spiegelten sich beispielsweise in dem Verhältnis der einheimischen Selbstverwaltungen und Polizeikräfte zur Bevölkerung wider. Wie es scheint, waren die einheimischen Selbstverwaltungen und Polizeikräfte wenig bemüht – im Rahmen ihrer geringen Möglichkeiten – die katastrophale Situation der Bevölkerung unter der Besatzung zu erleichtern. Durch Korruption, persönliche Bereicherung und zum Teil besonders brutales Auftreten und willkürliche Gewaltanwendung trugen sie nicht zur Verbesserung, sondern eher noch zur Verschlimmerung der Lage bei. Dies zeigte sich beispielsweise beim Konfiszieren von Lebensmitteln und Wertsachen bei der Zivilbevölkerung. Dabei schöpften die Verwaltungsmitarbeiter und die Polizisten ihre Handlungsspielräume vor allem dahingehend aus, daß sie nicht nur soviel konfiszieren, wie die Besatzer von ihnen einforderten, sondern darüber hinaus für den eigenen Bedarf. Auch die geringen Finanzmittel und sonstigen städtischen Ressourcen, die der Stadtverwaltung zur Verfügung standen, verwandte sie nicht zum Nutzen der Einwohner. Die lokale Bevölkerung, die gegenüber den deutschen Besatzungsbehörden in den ersten Besatzungsmonaten – nach deutschen Angaben – »von der Unvermeidlichkeit kriegsbedingter Härten weitgehend überzeugt«¹⁸⁷ war und die »Bereitschaft zur Zusammenarbeit«¹⁸⁸ zeigte, äußerte ihren Unmut über die einheimischen Polizei- und Verwaltungsorgane in einer Flut von Beschwerdebriefen an das deutsche Kommando, was darauf hindeutet, daß die Organe in der Bevölkerung kaum einen Rückhalt besaßen und sogar als zusätzliche Belastung empfunden wurden.

An der Ermordung der jüdischen Bevölkerung waren Verwaltungen und Polizei überwiegend nicht direkt beteiligt, leisteten für die deutschen Einsatzkommandos jedoch wichtige Vorarbeiten. Die Bürgermeister der Stadtbezirke und Leiter der Polizeibezirke erstellten Listen, mit deren Hilfe die Juden erst »ausgesondert« werden konnten. Das gleiche galt auch für andere Gruppen der Bevölkerung wie Kommunisten oder auch Kranke, die von der Gesundheitspolizei aufgespürt und von den Einsatzkommandos umgebracht wurden. Die einheimische Polizei holte die Menschen aus ihren Wohnungen, überwachte ihre Überführung ins Ghetto oder zum Exekutionsort und war in einzelnen Fällen sogar an den Erschießungen selbst beteiligt. Die Leitungsfunktionäre der Stadtverwaltung und der Polizei waren zudem diejenigen, die neben den Deutschen vom Eigentum der umbrachten Juden direkt profitierten. Dies soll jedoch nicht bedeuten, daß es nicht auch Fälle von Judenrettungen durch Mitarbeiter der Polizei- und Verwaltungsorgane gegeben hat.

Die Motivlage für die Zusammenarbeit mit den Deutschen war im einzelnen sehr unterschiedlich und ist heute nur schwer zu rekonstruieren. Dennoch zeigen die untersuchten Beispiele, daß die Motive weitaus vielschichtiger sein konnten als bisher zumeist angenommen wurde. An erster Stelle stand vermutlich bei den meisten die Sicherung der eigenen Existenz, die die Zusammenarbeit mit den Deutschen als

187 Vgl. Lagebericht der Wirtschaftsinspektion Süd von April 1942, BA-MA, RW 31/412.

188 Vgl. Lagebericht der Wirtschaftsinspektion Süd von Juli 1942, BA-MA, RW 31/432.

Überlebensstrategie erscheinen läßt. Daneben spielte zum Teil auch das Streben nach persönlicher Bereicherung eine Rolle. Die Verbitterung über erlittene Repressionen unter der Sowjetherrschaft war, wie viele Gegenbeispiele verdeutlichen, nur in einigen Fällen ein zentrales Motiv, das aber möglicherweise besonders brutale Verhaltensformen von einzelnen gegenüber der Bevölkerung erklärt, die manchmal fast wie eine Form der »Rache« für früher erlittene Demütigungen anmuten. Für die Sowjetregierung dürfte aber gerade nicht die Zusammenarbeit von ehemaligen Repressierten, und damit potentiell Verdächtigen, mit den Deutschen, sondern die Illoyalität von zunächst »unverdächtig« erscheinenden Sowjetbürgern und sowjetischen Eliten aus dem Partei- und Sowjetapparat das wesentlich größere Problem dargestellt haben. Spiegelte sich doch darin die Regimeunzufriedenheit wesentlich breiterer Bevölkerungsschichten wider, die sogar Gruppen einschloß, die wie die Parteimitglieder oder auch die Industriearbeiterschaft traditionell die Stütze der »bolschewistischen Herrschaft« bildeten. Nach dem Krieg führte dies dazu, daß die Überprüfung (und auch der Parteiausschluß) der Kommunisten, die im besetzten Gebiet verblieben waren, für die Partei zum zentralen Thema wurde.¹⁸⁹

Ein weiteres mögliches Motiv, das zu einer bewußten Unterstützung der Besatzungsherrschaft führen konnte, waren entsprechende politische Überzeugungen. Anders als in der Westukraine, wo die »ukrainisch-nationale Frage« eine entscheidende Rolle für die zeitweilige Loyalität einiger Bevölkerungsteile zum deutschen Besatzungsregime spielte, besaß die OUN in der ethnisch gemischten Bevölkerung des Donbass kaum Anhänger. Hier waren es andere Faktoren, die die Loyalitäten der Bevölkerung beeinflussten, insbesondere eine starke regionale Identität und ein Zugehörigkeitsgefühl zum Betrieb, in dem man arbeitete. Für viele war die Grenze der Loyalität zum Sowjetregime erreicht, als die Rote Armee den Zerstörungsbefehl für die Bergwerke und Betriebe gab. Unter der deutschen Besatzungsmacht erhofften sich möglicherweise einige – zumindest in der Anfangszeit – das wirtschaftliche Aufblühen der Region. Die Motive, mit den deutschen Besatzungsbehörden zusammenzuarbeiten, waren also auch regional unterschiedlich. Daß die deutschen Besatzer in der russifizierten Industrieregion des Donezbeckens zu Beginn der Okkupation zum Teil von der Bevölkerung, wenn auch aus anderen Gründen, ebenso als »Befreier von der Sowjetherrschaft« begrüßt wurden wie in der (erst seit 1939 zur Sowjetunion gehörenden) Westukraine, erscheint dabei zunächst als überraschendes Phänomen. Die Untersuchung nicht nur nationaler, sondern auch regionaler und lokaler Prägungen und Unterschiede bei den Reaktionen der Bevölkerung auf die deutsche Besatzungsherrschaft – bei Formen von Kollaboration und Widerstand sowie den alltäglichen Überlebensstrategien – stellen einen wichtigen Aspekt zukünftiger Forschung dar, der dazu beitragen kann, die Komplexität der gesellschaftlichen Prozesse in den besetzten sowjetischen Gebieten besser zu erfassen.

Die »neue Ordnung«, die unter den Deutschen errichtet wurde, entsprach nur zum Teil einer »Umkehr der Hierarchien«, die sich darin äußerte, daß ehemalige »Verlierer« und »Außenseiter« des Sowjetsystems, Personen, die aus verschiedenen

189 Vgl. dazu zahlreiche Akten des Donec'ker Gebietskomitees der Partei, DADO, F. P-326, Op. 2.

Gründen Repressionen zu erleiden hatten, nun in Leitungsfunktionen in den einheimischen Verwaltungen oder in der Polizei aufstiegen. In ethnischer Hinsicht bedeutete dies, daß Nicht-Russen, wie Ukrainer, Deutsche und andere Minderheiten über die Russen dominieren konnten. In sozialer Hinsicht konnten sich Beziehungen am Arbeitsplatz umkehren, wie das Beispiel der Ingenieure verdeutlicht, die nun gegenüber den einfachen Arbeitern wieder die Oberhand gewannen. Auch das Verhältnis zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung kehrte sich unter der Besatzung um. Unter der Sowjetherrschaft waren die Industriearbeiter besser gestellt gewesen als die Bauern und auch von der großen Hungersnot 1932/33 weniger stark betroffen, da die Sowjetregierung trotz Mißernten die Ablieferungsquoten der Kolchosen nicht verminderte, um primär die Versorgung der Städte und Industriearbeiter sowie die für die Finanzierung der Industrialisierung notwendigen Getreideexporte sicherzustellen. Dagegen richtete sich die selektive Hungerpolitik der deutschen Besatzungsbehörden primär gegen die Stadtbevölkerung, wohingegen der Landbevölkerung unter pragmatischen Gesichtspunkten eine elementare Selbstversorgung mit Lebensmitteln gewährt wurde, um die Produktion nicht zu gefährden.

Andererseits war die »neue Ordnung« aber in vieler Hinsicht gar nicht so neu, sondern knüpfte an alte Verwaltungsstrukturen, Belegschaften und sogar Leitungskader an, so daß in vielen Bereichen überraschend große strukturelle und personelle Kontinuitäten bestanden. Das Bild, das sich von der lokalen Gesellschaft unter der Besatzung und von dem Wesen der »neuen Ordnung« unter den Deutschen ergibt, ist somit ein durchaus widersprüchliches, das am Ende mehr Fragen aufwirft, als daß es Antworten liefert. Es verdeutlicht vor allem die Komplexität der Besatzungssituation sowie der Handlungsweisen und -motivationen der Bevölkerung im besetzten Gebiet, die sich mit eindimensionalen Erklärungsansätzen nicht erfassen lassen.